

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbesitzgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Fremde“, „Frauenstimme“, „Tanz“, „Bild in die Welt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konfessionelle 60 Pfennig, Restante 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Preises 25 Pfennig (zuletzt zwei seitigebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Siebengehe das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37.536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollfr. 65. Dt. S. u. Dir.-Gef., Depositenkasse Potsdamer 2.

## Nach dem Sammlungsfiasko.

### Die Deutsche Volkspartei will wieder rote Ketten sprengen.

Das Fiasco der bürgerlichen Sammlungsversuche liegt offen zutage. Die Volkspartei sitzt zwischen den berühmten beiden Stühlen, und laute Klageklänge kommen aus den Reihen derer, die mit der großen Sammlung als einer feststehenden Tatsache gerechnet hatten. Sie haben nach einem letzten Hoffnungsschimmer. Herr Scholz hat Herrn Köchling zu einer Unterredung nach Berlin eingeladen. Vielleicht kommt doch noch die Staatsvolkspartei?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sowohl Herrn Scholz als auch Reichsfinanzminister Dietrich über das Scheitern der Sammlung schreiben. Herr Dietrich kommt zu dem Schluß: „Es muß vielmehr so lange zum Sammeln geblieben werden, bis die historische und politische notwendige Umgruppierung vollzogen ist.“ Blasi nur zu, Kinder, damit auch die Angst vergeht!

Herr Dietrich spricht nicht nur vom Trompetenblasen, sondern auch von bürgerlicher Machtpolitik, vom Wirken für die Macht der bürgerlichen Mitte. Angesichts des Zustandes der bürgerlichen Mitte ist der Schrei nach Macht verständlich, aber — Herr Dietrich mag uns das nicht übel nehmen — er wirkt zugleich etwas komisch.

Herr Scholz setzt auseinander, warum er und Höpfer-Archoff nicht zusammenkommen konnten. Herr Höpfer-Archoff hat die Möglichkeit einer Koalition mit der Sozialdemokratie offen gelassen:

„Herr Höpfer-Archoff legt in diesem Artikel das Schwerkraft des Wahlkampfes nicht auf die Unterstützung der derzeitigen Reichsregierung, sondern er fordert auch weitgehende Rücksichten auf die Sozialdemokratie. Hier liegt eine Durchbrechung, eine Schwächung des bisherigen Ausmarsches vor, die in der DVP. sofort klar erkannt wurde. Der Deutschen Volkspartei als Vertreterin nationaler Realpolitik konnte es im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf ankommen, eine sehr lächerliche Aufstellung der Parteien und Gruppen nach Weltanschauung, nach theoretisch mehr oder weniger zutreffenden Programmen herzustellen, sie mußte vielmehr daran denken, den starken staatsbürgerlichen Block aufzurichten, der zur Bezwingung der Rot der Gegenwart nun einmal notwendig ist.“

Bürgerblock — nicht Koalition will Herr Scholz, und die Abgrenzung gegen eine Koalition mit der Sozialdemokratie ist für ihn so grundsätzlich geworden, daß er sie zur Begründung des Scheiterns der Sammlungsbestrebungen heranzieht. Wir haben schon gestern morgen gesagt, daß Herr Scholz ein genialer Politiker ist, und finden das wieder bestätigt. Er hat nämlich entdeckt, daß das deutsche Volk für seine Ideen noch nicht reif ist, und erst dazu geprügelt werden muß. Darum schreibt er:

„Ich zweifle nicht daran, daß die Entwicklung mir recht geben wird. Wahrscheinlich muß es dem deutschen Volke noch viel schlechter gehen, bis es sich daran gewöhnt, die verschiedenen Nuancierungen innerhalb des bürgerlichen Parteiwesens zu überwinden, um diejenige große politische Front zu errichten, die nach meinem Dafürhalten allein geeignet ist, der Macht der Sozialdemokratie ein starkes

staatsbürgerliches Gegengewicht entgegenzustellen. Mit diesem Bekenntnis wird die Deutsche Volkspartei unter Wahrung ihrer Grundanschauungen einig und geschlossen in den Wahlkampf gehen.“

Da hätten wir also die aus dem Fiasco gerettete Wohlparole! Als wir über ihren Sinn nachdachten, kam uns unwillkürlich ein Vers ins Ohr:

„Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei.“

Mit dieser Parole will also die Volkspartei noch einmal in die Schlacht ziehen! Das ist es, was jetzt wieder hervorgerufen wird — wenn Herr Scholz auch daran zweifelt, daß das deutsche Volk reif für ihn ist!

Damit über die Entwicklung des Bürgertums volle Klarheit herrsche, hat auch Graf Westarp sich geäußert. Er hat in der „Kreuz-Zeitung“ ein Bekenntnis zum preußischen Königtum und deutschen Kaisergedanken abgelegt, und als Ziel der konservativen Volkspartei ein Reich konservativer Prägung mit berufsständischer Verfassung und monarchischer Spitze aufgezeigt. Wie lange ist es her, daß Herr Lambach die Monarchie für ein Fiktum erklärt hat?

Graf Westarp wurde von der Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ gefragt:

„Besteht aber nicht die Befürchtung, daß die auf dem Boden der Republik stehenden Parteien der Mitte die konservative Volkspartei wegen der von Ihnen vertretenen monarchischen Auffassung von dem politischen Einfluss ausschalten und an der Durchführung der im Gründungsaufruf ausgesprochenen Absicht, die konservativen Kräfte in der Staatsführung zur Geltung zu bringen, verhindern werden?“

Darauf antwortete Westarp: „Ich bin versucht, die Gegenfrage zu stellen, ob in den Parteien der Mitte der monarchische Gedanke seinen Raum hat und wohin die Kräfte des Parlamentarismus auch sie noch führen wird?“

Nun läßt sich die Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien in voller Entfaltung erkennen. Höpfer-Archoff wollte die Möglichkeit einer Koalition mit der Sozialdemokratie offen lassen: das gilt der Volkspartei von heute schon fast als sozialdemokratisch — obwohl sie selbst noch vor ein paar Monaten Koalitionspartner der Sozialdemokratie war. Dietrich, der ehemalige Demokrat und Repräsentant der Staatspartei, redet ganz wie ein Volksparteiler von gestern, und Herr Scholz, der Volksparteiler von heute, hat es schon so weit gebracht, daß Graf Westarp ihn schon als reinen Sünder zur Monarchie zurückkehren sieht!

Wahrlich, das deutsche Bürgertum macht reizend schnelle Fortschritte!

Diesen schwankenden Gestalten, diesem Durcheinander sollte das Volk seine Geschichte auf vier Jahre anvertrauen?

## Reichsbanner und Staatspartei.

### Ein Schreiben Hörsings an Koch-Weser.

Der erste Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses der Deutschen Staatspartei, Koch-Weser, folgendes Schreiben gerichtet: „Aus der Presse habe ich entnommen, daß unter Ihrer wesentlichen Mitwirkung die Deutsche Demokratische Partei in die neugegründete „Deutsche Staatspartei“ — vorbehaltlich der Zustimmung des Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei — aufzugehen entschlossen ist.“

Dieser Vorgang wird zurzeit in den Mitgliederkreisen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold stark debattiert und an mich kommen Anfragen aus allen Teilen des Reiches, in der Hauptsache darüber: „Wie stellt sich das Reichsbanner zu der neugegründeten Deutschen Staatspartei?“

Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Minister, daß ich in Kürze den Reichsbannerkameraden, aber auch der Öffentlichkeit, eine klare Antwort hierüber geben muß. Ich wäre Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie mir die nachfolgenden Fragen, die über die politische Einstellung der Deutschen Staatspartei nötige Klarheit schaffen, baldmöglichst beantworten würden. Da das Reichsbanner nur für grundsätzliche Politisches sich interessieren kann, so erbitte ich Antwort auf folgende fünf Fragen:

1. Steht die Deutsche Staatspartei vorbehaltlos zur Weimarer Verfassung?
2. Wird die Deutsche Staatspartei die Farben der Republik Schwarz-Rot-Gold gegen alle Angriffe verteidigen?

3. Wird die Deutsche Staatspartei den sozialen Schutz der Kopfen- und Handarbeiter, der Rentner und aller wirtschaftlich Schwachen gegen eventuelle Übergriffe der Wirtschaftsmächte abzuwehren helfen?

4. Wird die Deutsche Staatspartei sich für die Republikanisierung von Reich, Staat und Gemeinde einsetzen?

5. Wird die Deutsche Staatspartei den kulturfeindlichen Antifemilismus ablehnen und wo nötig bekämpfen?

Ich bitte die vorstehenden Fragen dem Aktionsausschuss der Deutschen Staatspartei vorzulegen; ihre Beantwortung wird, wie ich bestimmt annehme, die Kameraden des Reichsbanners voll befriedigen.“

## Politische Messerstecherei.

### Nach der Tagerversammlung in Ulm.

Ulm, 8. August.

Nach Schluß einer nationalsozialistischen Versammlung in Ulm, in der General Lohmann seine bekannten Hejrede losließ, wurde Rüstmeister Galias, der bei der Versammlung die musikalische Leitung hatte, auf dem Heimwege überfallen und durch mehrere Stiche erheblich verletzt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

## Zollkrieg um Schiele?

### Die Katastrophenpolitik des Reichslandbundes.

Die deutsch-finnischen Privatverhandlungen, die nach dem Wunsche Schieles der deutschen Landwirtschaft höhere und ungebundene Butter- und Käsejölle auf Kosten des deutschen Steuerzahlers und der übrigen Einfuhrländer sichern sollten, sind endgültig gescheitert. Die „Deutsche Tageszeitung“, Schieles und des Reichslandbundes Hauptorgan, verlangt an der Spitze des Blattes unter der Ueberschrift: „Jetzt muß gekündigt werden!“ die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages.

Der Reichsverband der deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband des Groß- und Ueberseehandels und die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels haben in den letzten Tagen die Reichsregierung bestürmt, unter keinen Umständen eine Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages zuzulassen. Damit ist der offene Konflikt zwischen den wichtigsten, die Brüning-Regierung stützenden Wirtschaftsgruppen zutage getreten, die Brüning-Regierung selbst befindet sich in einer denkbar schwierigen Lage. In der Tat bedeutet die Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages mit großer Wahrscheinlichkeit den deutsch-finnischen Zollkrieg, der zu der schwersten Erschütterung der handelspolitischen Situation Deutschlands in der ganzen Welt führen müßte, nachdem die Begleitumstände, die zu der Kündigungsgefahr geführt haben, nicht nur Boykottbewegungen gegen deutsche Waren im Auslande bereits hervorgerufen, sondern auch die handelspolitische Moral Deutschlands in den Augen des Auslandes schwer erschüttert haben.

Ein kurzer Rückblick bringt den Beweis, daß es sich bei der vom Reichslandbund geforderten Vertragskündigung um eine unter den gegenwärtigen höchsten Wirtschaftsverhältnissen unverantwortliche grob agrarische Katastrophenpolitik handelt, für die Herr Schiele als Reichsernährungsminister und Beauftragter des Landbundes im Kabinett faktisch die Verantwortung trägt. Der Reichstag beschloß, im Juni 1930 als Erziehungszoll eine Butterzollerhöhung von 27,50 M. auf 50 M. mit der Maßgabe, daß der Zoll bis 1936 wieder auf 30 M. herabgesetzt werden sollte, Da im deutsch-finnischen Vertrag der Butterzoll gebunden war, eine Kündigung vermieden werden sollte, die Agrarier aber auf das sofortige Wirksamwerden der Zollerhöhung drängten, kam gegen erhebliche Industriezollpoker ein Zusatzabkommen mit der sofortigen Erhöhung auf 50 M. zustande. Die Agrarier opponierten, weil sie auch höhere Käsejölle verlangten, zugleich gegen jede zeitliche Bindung des Vertrages waren und im anderen Falle die Kündigung verlangten, sollte durch den berichtigten Privatvertrag der Wille der Agrarier erfüllt und die Kündigung des deutsch-finnischen Vertrages umgangen werden.

Der Privatvertrag sollte Finnland den Verkauf der doppelten bisher nach Deutschland eingeführten Butter- und Käsemengen zu hohen Preisen und mit materieller Preisgarantie gewährleisten. Da diese übermäßig hohen finnischen Butter- und Käseinfuhren die übrigen Importländer, insbesondere Holland und Dänemark vom Import nach Deutschland weithin abgetrennt hätten, kam es dann zu der holländischen Boykottbewegung, die die deutsch-finnischen Privatverhandlungen als offenen, die Weisbegünstigung durchlöchernden Privatschacher klar erkennen ließ. Dieser Privatschacher, der leider von der Reichsregierung faktisch unterstützt wurde, ist jetzt gescheitert und hat zu Forderungen der Agrarier geführt, den deutsch-finnischen Vertrag sofort zu kündigen. Es ist vergeblich, daß die Reichsregierung sich in inoffiziellen Erklärungen darauf beruft, daß das Prinzip der Weisbegünstigung nicht verletzt worden sei. Es werden zwar von den übrigen Einfuhrländern in der Tat keine höheren Einfuhrzölle als gegenüber Finnland verlangt, aber da die Einfuhr praktisch weitgehend unterbunden wird, ist die Berufung auf juristische Formeln durch die Reichsregierung wirklich ein starkes Stück.

Es ist offenbare Katastrophenpolitik, die hier von den Agrariern unter der Verantwortung Schieles getrieben worden ist. Der Landbund hätte die Butterzollerhöhung, wie sie vom Reichstag beschlossen war, haben können. Er hätte sie durch das Zusatzabkommen auch sofort haben können, zwar mit ersten Opfern der Industrie, aber immerhin ohne Kündigung des Vertrags. Der Landbund wollte aber auch die Erhöhung des Käsejölles und wollte unter keinen Umständen eine Bindung der Zölle auf längere Zeit. Da der Landbund jetzt in der Wahlkampagne den Bauern und den Käse-

# Rebellion gegen Scholz.

Es soll weiter gesammelt werden.

produzenten unter allen Umständen sichtbare Geschenke bringen will, bringt er den deutschen Industrieexport, die gesamte deutsche Handelspolitik und damit die Gesamtwirtschaft in schwarzer Krisenzeit in die größte Gefahr.

In der Regierung Brüning offenbaren sich jetzt mit einem Schlage in voller Schärfe die tiefen Gegensätze, die schon bisher zwischen der Industrie und dem Landbund latent vorhanden waren, und in der Regierung Brüning nur notdürftig überbrückt wurden. Der Machtkampf des Landbundes um die Herrschaft auf dem Lande hat diese Widersprüche voll enthüllt. Nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch die Regierung selbst ist in große Schwierigkeiten gebracht. Es ist höchste Zeit, daß der Katastrophopolitik der Agrarier ein Riegel vorgeschoben wird! Die Reichsregierung selbst ist freilich um die durch den Reichslandbund geschaffene Lage nicht zu beneiden!

## Die Durchführung der Dsthilfe. Abgrenzung der subventionierten Bezirke.

Zur Durchführung der Dsthilfe hat die Reichsregierung nach Verständigung mit der preussischen Staatsregierung eine Durchführungsverordnung über die Umschuldung und den Vollstreckungsschutz folgenden Inhalts erlassen: Der vorläufige Geltungsbereich für diese Maßnahme umfaßt den pommerischen Regierungsbezirk Köslin und den Kreis Regenwalde, die Grenzmark Posen-Westpreußen, die brandenburgischen Kreise Arnswalde, Heideberg l. d. Neumark, Landberg a. d. Warthe, Sternberg-Ost und Büchlow-Schwiebus, die niederpreussischen Kreise Grönberg, Frauendorf, Glogau, Gubrau, Steinau, Wohlau, Müllitz, Trebnitz, Großwartenberg, Dels, Romslau, sowie die rechts der Oder gelegenen Teile der Kreise Ohlau und Briesg, ferner die Kreise Waldenburg, Neutode, Glah, Habeschwerdt und Oberschlesien.

Weiterhin bestimmte die Verordnung, daß fünf Landstellen in Königsberg, Köslin, Schneidemühl, Breslau und Oppeln für die betreffenden Bezirke errichtet werden. Weiter jeder Landstelle ist ein Kommissar, der vom Reichspräsidenten ernannt wird, über dessen Auswahl sich jedoch vorher die Reichsregierung und preussische Staatsregierung verständigt haben.

Nach neuesten Meldungen sollen die Verhandlungen des Reichs-Kabinetts mit den preussischen Regierungsstellen über die Fragen der Organisation und der Zuständigkeit der sogenannten Dststellen zur Durchführung der Dsthilfe noch nicht beendet sein. Es hat sich gezeigt, daß immer noch weitere Verhandlungen zur Klärung notwendig sind. Die Besprechungen sollen erst Anfang nächster Woche, nachdem der Reichstänker sowie der preussische Ministerpräsident nach Berlin zurückgekehrt sind, zum Abschluß gebracht werden.

## Brüning in Köln.

Eine Wahlrede für das Zentrum.

In einer Wahlrede vor der rheinischen Zentrumsgruppe in Köln sprach Reichstänker Brüning zunächst über die Rheinandrängung und gedachte dabei des verstorbenen Dr. Stresemann. Sodann fügte er hinzu:

„Es ist auch meine Pflicht, bei dieser Gelegenheit daran zu denken und daran zu erinnern, und es nicht zu vergessen, daß die uns vertraglich gemachten Zusicherungen auf rechtzeitige und pünktliche Räumung tatsächlich von den Befähigungsmächten eingehalten worden sind.“

Es ist erfreulich, daß aus dem Munde des Reichstänkers endlich einmal die Rheinandrängung nicht ausschließlich mit Erinnerungen an die Besatzungszeit behandelt wird, wie dies seit dem Aufbruch der Reichsregierung am 30. Juni bisher fast ausnahmslos geschehen ist. Es ist gut und nützlich, daß auch einmal von deutscher offizieller Seite ein Wort der Anerkennung für die lokale Durchführung der Haager Räumungsabmachungen gesagt wurde. Das wäre eigentlich längst Sache des Reichsaußenministers gewesen, aber anscheinend traute man sich nicht.

Am innenpolitischen Teil seiner Rede vertrat Herr Brüning eine Parlamentsreform, wie er sie ansieht. Er schlägt eine Veränderung der Geschäftsordnung des Reichstags dahin vor, daß der Reichstag neue Ausgabenanträge nur in Verbindung mit der Etatsberatung verabschieden soll. Im übrigen verteidigte er mit den bekannten Gründen, die durch die Wiederholung nicht besser werden, die Anwendung des Artikels 48.

## Held in Nöten.

Bauernbund gegen Schlachtsteuer-Notverordnung.

München, 8. August. (Eigenbericht.)

Der Ablehnung des Bayerischen Landtags ist auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion für kommenden Dienstag einberufen worden, um Zeit und Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung festzusetzen.

Inzwischen hat auch der Bayerische Bauernbund beantragt, die Schlachtsteuer-Notverordnung der Regierung Held außer Kraft zu setzen. Um das Defizit im Staatshaushalt abzugleichen, beantragt der Bayerische Bauernbund außerdem, daß 25 Prozent der durch die letzte Beförderungserform vom April 1928 gewährten Beförderungserhöhungen gestrichen und die ministeriellen Zulagen für Beamte abgebaut werden. Dieser Antrag hat wohl kaum Aussicht auf Annahme. Ihm steht auch ein Gutachten des Obersten Bayerischen Landesgerichts entgegen, in dem es heißt, daß eine Kürzung der Gehälter auch der Bänderbeamten nur auf dem Wege eines verfassungsändernden Reichsgesetzes herbeigeführt werden kann.

## Nazi-Rückgrat in Chemnitz gebrochen.

Sträßer-Ortsgruppe von Hitler aufgelöst.

Chemnitz, 8. August. (Eigenbericht.)

Die Ortsgruppe Chemnitz der Nationalsozialistischen Partei ist auf Befehl Hitlers aufgelöst worden. Sämtliche Funktionäre wurden ihrer Posten enthoben. Die Ursachen für diesen Schritt sind in schärferen Differenzen zwischen den Anhängern der Sträßer- und der Hitler-Richtung zu suchen. Die Ortsgruppe bildete bisher das Rückgrat der nationalsozialistischen Bewegung im Chemnitzer Bezirk. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Pung hat den Auftrag erhalten, eine neue Ortsgruppe zu bilden.

Kommunistischer Schriftleiter zu Festung verurteilt. Der verantwortliche Redakteur der kommunistischen „Tribüne“ in Magdeburg, Karl Wischewski, ist von dem 4. Strafsenat des Leipziger Reichsgerichts wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr Festung verurteilt worden.

Köln, 8. August. (Eigenbericht.)

Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt zu dem ergebnislosen Verlauf der Einigungsverhandlungen zwischen Volkspartei und Staatspartei:

„Der Führer der Volkspartei ist vorraus in der Vorstellung, daß die sozialdemokratische Vorherrschaft nur durch eine Vereinigung der Mitte mit der Rechten gebrochen werden kann, und übersteht ganz, daß der Weg, den er geht, niemals zu diesem Ziel führen wird. Seine Sammlungsaktivität an ihrer Erinnerung an die Unmöglichkeit gescheitert. Nicht einmal ein gemeinsamer Wahlauftrag für die Wahlen wurde erreicht. Wenn nun Herr Dr. Scholz trotzdem an seiner Idee festhält und sie immer noch in weitestem Umfange verwirklichen will, dann sollte man meinen, er müßte nach seinen bisherigen Erfahrungen selbst auf den Gedanken kommen, daß seine Pläne nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn neben der fortschreitenden Sammlung auf der Rechten mit gleichem Nachdruck Sammlungen in der Mitte betrieben werden.“

Aus Aachen berichtet die „Kölnische Zeitung“, die dortige Deutsche Volkspartei habe sich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß die Volkspartei geschlossen in der Staatspartei aufgehen müsse. Die Ortsgruppe Wuppertal der Deutschen Volkspartei habe sich ebenfalls in einem Telegramm an Dr. Scholz gewandt, in dem bedauert wird, daß der Zusammenschluß der Volkspartei mit der Staatspartei nicht erfolgt sei. Sie tadelt das Verhalten des Vorsitzenden Dr. Scholz und habe einstimmig die sofortige Einberufung des Zentralvorstandes der Partei gefordert.

## Volkspartei entdeckt Interessentenhausen Aber nicht bei sich selbst!

Der Korb, den sich Herr Scholz bei den Rechtsgruppen geholt hat, schmerzt die Volkspartei sehr. So schreibt der „Hannoversche Courier“ in hohem Jorne:

„Weich kleinlicher Geist bei den Verhandlungen geherrscht hat, zeigen nur allzu deutlich die Stellungnahmen der Landvolk- und Wirtschaftspartei. — Sie offenbaren, daß zum Teil ganz untergeordnete Interessentengruppen zu einem Zeitpunkt ausgeschloßend gemeldet

sind, wo es wahrlich um größere Dinge ging, als um den finn-ländischen Handelsvertrag, wo es vielmehr galt zu beweisen, daß man das Behalt der Stunde erfüllt hatte, welches eine großzügige politische Betrachtungsweise erheischt. Wenn sich die Wirtschaftspartei wirklich auf ihren Charakter als ständische Organisation berufen und damit ihre Sonderstellung begründet hat, so ist das um so mehr verwunderlich, als sie bisher doch Wert darauf zu legen schien, nicht als reine Interessentengruppe betrachtet zu werden, sondern als eine Partei, die die von ihr vertretenen Interessen höheren politischen Gesichtspunkten unterzuordnen wünscht.“

Also auf einmal Interessentenhausen! Als die Biersteuer verweigert, die Konsumvereinssteuer eingeführt und das Allgäuer Käsegeschäft gemacht wurde, da waren dies selbstverständlich „höhere politische Gesichtspunkte“! Und als die Volkspartei mit Ablehnung der Notverordnungen drohte, wenn nicht die Kopfsteuer hineinkäme, war dies „großzügige politische Betrachtungsweise“.

Nichts ist amüsanter, als wenn ein Interessentenhausen den andern „Interessentenhausen“ schimpft!

## Jedem das Seine!

Der Wahlauftrag der Bayerischen Volkspartei.

Die Bayerische Volkspartei hat ihren Wahlauftrag veröffentlicht. Darin findet sich der folgende Satz:

„Die Partei ruft zum Kampf auf gegen verengende Parteien, gegen volkszerstörenden Klassenkampf, gegen Interessententum, gegen Diktatormahn und leeres Maulheldentum.“

Jedem das Seine! Verengende Parteien: das geht auf die bürgerliche Mitte. Volkszerstörender Klassenkampf — das kann sich nur auf die Scharfmacher beziehen. Diktatormahn — hier schweigt des Sängers Höflichkeit. Leeres Maulheldentum — das gilt Herrn Hitler. Interessententum — das ist der interessanteste Punkt! Wer hat von der Biersteuer ein halbes Prozentchen nach dem anderen abgehandelt und schließlich um die Viertel- und Achtelprozente gekümmert? War das nicht die Bayerische Volkspartei selber?

## Senkung der Kohlenpreise?

Herr Silberberg hat nur die kalte Schulter.

In der Freitagssitzung des großen Ausschusses des Reichskohlenrates erstattete der Geschäftsführer Bergbaupräsident Benschold einen eingehenden Bericht über die schädlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den deutschen und internationalen Kohlenmärkten. In der Aussprache richtete der Konsumvereinsvertreter Schulze von der GEG, an die Syndikatsvertreter die Anfrage, welche Auswirkungen die jetzige Krise auf die Kohlenpreisgestaltung haben würde. Generaldirektor Silberberg erwiderte, die Entwicklung der Umlage zeige, daß alle markttechnischen Gesichtspunkte von den Bergbauunternehmern bereits beachtet würden. Mit dieser unbefriedigenden Antwort gaben sich die Arbeitnehmervertreter nicht zufrieden. Sie führten den Unternehmern vor Augen, daß der Konjunkturrückgang sich nicht so katastrophal ausgewirkt hätte, wenn nicht schon vorher zahlreiche uneigennütige Anlagen vorhanden gewesen wären. Die Fördererforderde des vergangenen Jahres sind, so bemerkte Dr. Berger-Bodum, zum Teil spekulativen Ursprungs im Hinblick auf die Syndikatsverneuerung an der Ruhr gewesen. Ferner zeigen die Verluste des innerdeutschen Konkurrenzkampfes der Kohlenreviere untereinander, daß der Reichskohlenverband noch unerfüllte Aufgaben vor sich habe. Berger fragte die Kommissare des Wirtschaftsministeriums, wie weit die zugedachte amtliche Untersuchung der Verhältnisse im ostelbischen Syndikat gediehen sei. Das Reichswirtschaftsministerium ließ antworten, daß diese Untersuchung noch nicht abgeschlossen wäre. Zum Schluß sagte Berger, daß mit kapitalistischen Rezepten dem Kohlenbergbau nicht mehr zu helfen sei und eine größere Planmäßigkeit der Wirtschaftsführung Platz greifen müsse, wozu auch eine Verkürzung der Arbeitszeit gehöre.

Der Antwort Dr. Silberbergs war zu entnehmen, daß die Unternehmer an eine Herabsetzung der Kohlenverbandspreise, die freilich nur für ein begrenztes Abgabegbiet Geltung haben, nicht herangehen wollen. Auch der Reichswirtschaftsminister ließ in dieser Richtung keinerlei Initiative merkbar werden.

## Arbeitslosigkeit steigt weiter!

Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, die im letzten Berichtsjahr nur unerheblich zugenommen hatte, ist, wie die Reichsanstalt mitteilt, jetzt um rund 28 000 auf über 1 497 000 in der Arbeitslosenversicherung und um rund 23 000 auf 403 000 in der Krisenunterstützung gestiegen. Damit hat die Belastung der beiden Unterstützungseinrichtungen mit zusammen über 1,9 Millionen Unterstützten einen Stand erreicht, der um mehr als 1 Million über den des Vorjahres liegt. Dieser Entwicklung entspricht die Zunahme der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden, die bei den Arbeitsämtern eingetragen sind. Sie stieg vom 15. bis zum 31. Juli um rund 42 000 und erreichte — nach Abzug derjenigen, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt waren — einen Stand von rund 2 757 000 Arbeitslosen. Von dem Zugang entfällt der große Teil auf die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen, doch sind auch die Saisonarbeiter bereits an ihm beteiligt.

Das allgemeine Bild, das sich aus diesen Zahlen ergibt, wird ergänzt und bestätigt durch Meldungen über weitere Zunahme von Feiertags- und Kurzarbeit (über 100 000 unterstützte Kurzarbeiter), durch die Entladung von Entlassungen und durch Silligungsanträge, schließlich durch umfangreiche Aussteuerungen von Arbeitslosen, deren Unterstützungsanprüche erschöpft sind.

General a. D. Walter Reinhardt, der letzte preussische Kriegsminister und der erste Chef der Heeresleitung und der Reichswehr, ist im 59. Lebensjahre gestorben. General Reinhardt war zuletzt Befehlshaber des Wehrtreffens 5 und Oberbefehlshaber der Rheinwehrguppe 2.

## Christliche Wahltricks.

Die Gelder für Neurode und ihr Verwendungszweck.

Auf der Nacher Generalversammlung der christlichen Bergarbeiter hat ein Delegierter aus Neurode behauptet, daß der sozialdemokratische kommissarische Landrat des Kreises Neurode angeregt habe, Gelder, die zur Hilfeleistung für Neurode gesammelt wurden, für kommunale Zwecke und zum Bau für sozialistische Kinderheime bereitzustellen.

Diese Behauptungen auf der Generalversammlung der christlichen Bergarbeiter haben zu einer Anfrage des Zentrums im preussischen Landtag geführt. Hierin wird an die preussische Staatsregierung appelliert, den zuständigen Instanzen in Neurode strengstens zur Pflicht zu machen, die fraglichen Gelder im Sinne der Geldgeber zu verwenden und nicht für Institutionen, die zum Teil ganz einseitig die Interessen einer politischen Partei dienen.

Wie wir hierzu aus Neurode erfahren, sind die Darstellungen des christlichen Delegierten auf der Nacher Bergarbeitertagung eine grobe Entstellung der Tatsachen. Der kommissarische Landrat von Neurode Mittelhauser hat auf einer Tagung des Kreisrates im Juli angezweifelt, daß die aus den Sammlungen eingehenden Gelder zentralisiert würden, um eine planmäßige Verteilung durchzuführen und Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der Mittel zu vermeiden. Ferner habe der Landrat angeregt, bei der Verwendung der Gelder die allgemeine Notlage zu berücksichtigen und den Bau dringend notwendiger sanitärer Anlagen, wie einer Kreiswasserleitung, und die Errichtung bzw. den Ausbau von Jugendheimen durchzuführen. Hierfür dürften jedoch keineswegs private Sammelgelder in Frage kommen, die ausschließlich für die Unterstützung der Opfer der Grubenkatastrophe verwendet werden sollten. Vielmehr sollte für die geplanten Bauten nur ein Teil der Mittel, die aus dem allgemeinen Bergmannsfonds und von öffentlichen Stellen zur Vinderung der Notlage im Neuroder Gebiet zur Verfügung gestellt wurden, benutzt werden. Von einem Verbrauch privater Sammelgelder zu kommunalen Zwecken kann also nicht die Rede sein.

Die Vorschläge des stellvertretenden Landrats, die Unterstützungsgelder zu zentralisieren wurde vom Neuroder Kreisrat angenommen. Auch die Vorschläge einer weltlichen Fürsorgekommission für die Bergarbeiterkinder mit Hilfe öffentlicher Gelder wurden wiederholt vom Kreisrat gebilligt. Wenn jetzt Vertreter des christlichen Bergarbeiterverbandes entristet auf einen angeblichen Mißbrauch der Unterstützungsgelder hinweisen, so entspricht das mehr dem Bedürfnis nach Wahltrick als dem Streben nach Wahrheit und Klarheit.

## Der Streit um Cuvellier.

Eine neue Zeugin meldet sich.

Halle, 8. August. (Eigenbericht.)

Das Zimmermädchen eines Zeiger Hotels, in dem der französische Sportsmann Cuvellier gewohnt hat, behauptet, bei dem Aufräumen des Zimmers in einem offenen Koffer zwischen Brot und Schinken ein großes Messer gesehen zu haben, während Cuvellier in Zeig nicht im Besitz eines Messers gewesen sein will. Eine entsprechende Anzeige ist bei der Oberstaatsanwaltschaft in Zeig bereits eingegangen. Die Oberstaatsanwaltschaft ist mit der Nachprüfung dieser Angaben beschäftigt.

Es berührt merkwürdig, daß die Staatsanwaltschaft im Gegensatz zu der allgemein üblichen Behördenpraxis diese neue Zeugenbehauptung sofort an die Öffentlichkeit weitergibt, ohne eine Nachprüfung dieser Behauptung vorgenommen zu haben. Im übrigen sind inzwischen eine Anzahl wichtiger neuer Feststellungen erfolgt, die ein ganz neues Licht auf die Vorgänge in Zeig werfen. Warum schweigt die Staatsanwaltschaft in diesem Fall so hartnäckig?

Er predigte Wasser und fabrizierte — Whisky! In Baltimore wurde der ehemalige Abgeordnete Manuel Herria, der früher im Kongress der Partei der Wilsonfolger angehörte, verhaftet, nachdem Prohibitorenbeamte bei einer Hausdurchsuchung festgestellt hatten, daß er Whisky herstellte.

# Woher weht der Wind?

## Die Politik des Zentrums.

Von Rudolf Breitscheid.

In meiner letzten Kölner Rede habe ich in Abwehr der Kritik, die das Zentrum an der sozialdemokratischen Kampfweise übt, ein Flugblatt des Volksvereins für das katholische Deutschland zitiert, in dem es heißt:

„Sozialisten und Kommunisten haben einen gemeinsamen Schlachtruf: Vernichtung der Kirche Christi! Sie richten ihre Angriffe gegen die Kirche, Schule, Ehe, Familie, kurz gegen alles, was uns teuer und heilig ist.“

Diese Sätze habe ich als unwahrhaftig und als einen bedauerlichen und verabscheuungswürdigen Rückfall in vergangene unerfreuliche Zeiten bezeichnet.

Darauf erwidert mir jetzt die „Kölnische Volkszeitung“, die sich ohne Einschränkung hinter den Volksverein und sein Flugblatt stellt und außer Anna Siemsen und Toni Pfüf mich selbst als Kronzeugen gegen mich anruft. Sie erwähnt mein Schlusswort, das ich auf dem Magdeburger Parteitag nach der Diskussion meines Referats über die Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gesprochen habe, und nimmt den Passus heraus, in dem ich mich mit einigen Parteifreunden, die an meinen Ausführungen über Kirche und Religion Kritik geübt hatten, auseinandersetzte:

„Ich habe nicht gesagt, daß wir gegenüber den Kirchen als Organisationen Toleranz üben sollen, sondern gegenüber religiösen und antireligiösen Bekundungen der einzelnen. Zwischen Kirche und Religion ist ein Unterschied zu machen. Wenn sich die Kirche anmaßt, ihre Rechte auf Gebiete auszudehnen, die unserer Ansicht nach dem Staate vorbehalten sein sollen, dann haben wir gegen einen solchen Übergriff der Kirche mit aller Entschiedenheit Front zu machen.“

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Auffassungen, die ich hier vertreten habe, denen des Zentrums und der katholischen Kirche zuwiderlaufen. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und zwischen Religion und Politik wird vom Zentrum unter wesentlich anderen Gesichtspunkten angesehen als von uns. Infolgedessen ergeben sich ganz selbstverständlich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Grenzen, die dem Einfluß des Christentums auf staatliche Betätigung zu setzen sind. Es ist hier in der Tat ein Gegensatz der Weltanschauungen vorhanden, der sich schwer überbrücken läßt. Aber was hat das mit der Behauptung zu tun, daß die Sozialisten mit den Kommunisten gemeinsam den Schlachtruf: „Vernichtung der Kirche Christi!“ aussprechen, und daß wir unsere Angriffe gegen alles richteten, was der katholischen Kirche heilig und teuer sei? Selbst wenn wir dem Katholizismus das von ihm beanspruchte Recht zugestehen wollten, Kirche — und zwar katholische Kirche — und Religion gleichzusetzen, so bliebe die Behauptung des Volksvereins immer noch eine Unwahrheit.

Was von meinen Ausführungen gilt, gilt auch von denen von Anna Siemsen und Toni Pfüf. Aber wenn das Zentrum und der katholische Volksverein so fest davon überzeugt sind, daß die Sozialdemokratie die Vernichtung der Kirche Christi und damit des höchsten Gutes des katholischen Volkes anstrebe, so ist es doch im höchsten Maße verwunderlich, daß das Zentrum mit dieser verdammungswürdigen Sozialdemokratie im Reich Koalition gebildet hat und in Preußen seit langen Jahren in derselben Regierung sitzt. Es hat damit doch, von seinem Standpunkt aus gesehen, eine schwere und unergiebliche Sünde auf sich geladen, die dadurch noch vergrößert wird, daß es mit der Sozialdemokratie gemeinsam in Preußen das Konkordat durchbrachte, wohl gemerkt, ohne in der Zeit der Verhandlungen über diesen Vertrag uns Christenverfolgung und dergleichen zum Vorwurf zu machen.

Hier stimmt etwas nicht. Die Frage ist nur, ob unsere Religionsfeindschaft immer nur zu Zwecken der Wahlagitatio endete oder ob sich nicht in der letzten Zeit überhaupt ein Systemwechsel innerhalb des Zentrums zu vollziehen beginnt.

Ist vielleicht von höherer kirchlicher Stelle eine neue Barock ausgegeben worden? In der „Neuen Rundschau“ beschäftigt sich der frühere italienische Außenminister Sforza, einer der entschiedensten Gegner des Russifizismus, antwortend an die Vatikanverträge mit der Kirchenpolitik des gegenwärtigen Papstes. Er stellt fest, daß Pius XI. im Gegensatz zu seinen Vorgängern eifrig bestrebt sei, den Katholizismus von allem zu lösen, was nach Liberalismus und Demokratie schmeckt.

„Daher auch“, so fährt er fort, „sowohl in Italien als in jedem anderen Lande die Tendenz, die demokratischen Strömungen der katholischen Parteien auszumerzen und durch das starre Gefüge des Priestertums zu ersetzen. Wie Pius XI. in Italien die (katholische) Volkspartei zerstört hat, so bestrafte er in Deutschland, daß das katholische Zentrum, um ein Gesetz zugunsten der Konfessionsschule durchzubringen, sein Bündnis mit den Sozialisten aufgab und durch ein Bündnis mit der nationalstaatlichen und militaristischen Rechten ersetzte.“

Wir sind nicht genügend in die Geheimnisse des Vatikans eingeweiht, um die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigen zu können. Aber gewisse Anzeichen sprechen für sie. Wir wissen sehr wohl, daß Rompilger, besonders solche aus den Kreisen des katholischen Adels, beim heiligen Stuhl in der Richtung arbeiten, von der Sforza spricht, und gewisse Äußerungen von politisch tätigen katholischen Geistlichen in Deutschland lassen ebenfalls den Schluß zu, daß sich bei ihnen in den letzten Jahren in der Beurteilung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie mancherlei geändert hat.

Nun wäre sicherlich die Annahme falsch, als ob das ganze Zentrum bereit sein würde, politischen Wünschen, die von Rom kämen, Rechnung zu tragen. Dagegen spricht schon die Erfahrung vergangener Jahrzehnte. Aber immerhin muß man damit rechnen, daß auf gewisse, insbesondere dem Klerus nahestehende Kreise, vatikanische Ansichten nicht ohne Einfluß bleiben, und wenn von einzelnen Zentrumsrednern mit dem Bruch der Preußenkoalition gedroht wird, so liegt die Vermutung nur allzu nahe, daß der Grund nicht in der angeblich gehässigen Kampfweise der Sozialdemokratie zu suchen ist, sondern eben in einem Umschlagen des Windes an hohen kirchlichen Stellen.

Regierungswechsel in Kanada. Die kanadische Regierung Madensie King ist zurückgetreten. Der Führer der bei der Neuwahl siegreichen Konservativen Bennett hat die Regierungsgeschäfte übernommen. Er kündigte ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und umfangreiche Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftslebens an. Das Arbeitslosenprogramm soll die Sonderkession des Parlaments im September beschäftigen.

# Starke Position.



WESTARP SCHOLZ HÖPKER-ASCHHOFF

Scholz: „Der Starke ist am mächtigsten allein!“

# Russisches Industriefiasco.

## Suche nach Sündenböcken.

Aus Rußland kommen wieder Nachrichten über Verhaftungen von Spezialisten. Was das bedeutet, ist bereits zur Genüge bekannt. Ein Blick in die Sowjetblätter bestätigt die Vermutung. Die neuesten Rückschlüsse in der Entwicklung der Industrie machen es erforderlich, wieder Sündenböcke zu finden. Wie immer in den letzten Jahren ist es der „Spez“. Was liest man aber in den Sowjetblättern über die Schwerindustrie? Das Zentralorgan der Gewerkschaften, „Trud“, meldet Anfang Juli über unmögliche Zustände in den Metallwerken „Stalin“ in Staloustawf. Das Arbeitstempo, heißt es da, ist geradezu ein schneckenhaftes — von Ford ist also nichts zu merken. Die Hochöfen haben nur 74 Prozent der Auflage erfüllt; die Martin-Abteilung nur 66 Prozent, die Wolgeisenabteilung nur 76 Prozent. Nun will man es mit dem „sozialistischen Beteiler“ versuchen.

Die „Pravda“ vom 18. Juli berichtet: Der Halbjahresplan der südrussischen Metallurgie ist gefährdet. Der Halbjahresplan in Worheisen ist nur zu 88 Prozent erfüllt, in Stahl zu 84 Prozent. Die Arbeitsdisziplin sinkt. Das Blaumachen steigt.

Dasselbe Blatt läßt sich aus Baku melden: Surachan hat in den ersten 15 Tagen des Juli nur 83,6 Prozent der planmäßig vorgesehenen Naphtamenge erzeugt — das macht einen Ausfall von 55 200 Tonnen Naphtin.

Die „Ismestija“ vom 21. Juli führen bittere Klagen über die Metallindustrie auf dem Ural. In der ersten Hälfte des Juli sind nur 39 Prozent des planmäßig vorgeesehenen Eisenerzes, 28 Prozent

Kupfererz gefördert; 36 Prozent Gußeisen, 37,3 Prozent Walzeisen, 26,7 Prozent Kupfer, 26,2 Prozent Zement in Pulver, 25 Prozent feuchte Ziegel, 23,4 Prozent gebrannte Ziegel usw. produziert. Die Separatorenwerke haben nur 14,5 Prozent des Planes erfüllt. Der Reford gehört aber den Werken von Unterwaldin: sie haben nicht mehr als 13 Prozent des Planes geschafft. Von anderen großen Werken wird von 27, 40 und 48 Prozent berichtet. Das Telegramm zählt 20 Metallwerke auf, die im Rückstand sind.

Nicht besser steht es in den Ziegelbrennereien aus. So hat zum Beispiel der Baustruß 16 Millionen Ziegel zu wenig geliefert. Eine Anzahl Genossenschafts-Ziegelbrennereien 24 Millionen zu wenig. Die Arbeitskraft wird in den verschiedenen Brennereien nur bis zu 15 Prozent ausgenutzt, das Blaumachen erreicht 25 Prozent, der Bruch beträgt 20 Prozent, Mischung und die Brenntemperatur werden aufs Geratewohl bestimmt. Mit dem Transport ist es geradezu jämmerlich bestellt. In den Kleinbrennereien herrscht völlige Anarchie. Statt 182 Millionen Ziegel haben sie nur 31 Millionen geliefert. Die Bautätigkeit muß aber in vielen Fällen wegen Mangel an Ziegeln stillgelegt werden.

Nicht besser liegen die Dinge in der Glashüttenindustrie. Während einige Fabriken den Plan überstiegen haben, bleibt der größte Teil der Hütten im Rückstand.

Die Beispiele können beliebig vermehrt werden. Die hier angeführten genügen aber. Amerikanisch ist das Tempo bestimmt nicht zu nennen. Es ist echt sowjetrussisch-bolschewistisch.

# Indische Unruhen.

## Immer neue Opfer.

Karatschi, 8. August.

Bei neuen Zusammenstößen in Sukkur (Sind) wurden heute früh zwei Personen getötet und sieben verwundet. Es werden weitere Fälle von Plünderungen und Räubereien gemeldet. Die Unruhen breiten sich nach Norden aus.

Die 190 Ortsvorsteher, die zu Beginn der Behorsamkeitsbewegung ihre Ämter niedergelegt hatten, haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Pandit Malawija, einer der Führer der Unabhängigkeitsbewegung, der zu zwei Wochen Gefängnis und 100 Rupien Geldstrafe verurteilt wurde, ist bald darauf in Freiheit gesetzt worden.

# Der Afridi-Einbruch.

London, 8. August. (Eigenbericht.)

Die aufständischen Stämme an der indischen Nordwestgrenze sind bis auf einen Kilometer an Peshawar herangekommen und greifen dort ihnen entgegenkommende englische Truppen an. Nach einem kurzen Kampf zogen sie sich unter Zurücklassung eines Toten zurück; sie sollen 10 000 Mann stark sein.

Der Korrespondent des indischen „Statesman“ berichtet von der Nordwestgrenze, daß es nötig sein werde, Truppen ins Gebiet der Stämme zu entsenden, falls nicht die Operationen der Flugsreitkräfte sich sofort als wirksam erweisen. Die Unruhe habe auch auf die Nachbarstämme der Afridis übergreifen. Bisher sind 54 Flugzeuge mit dem Bombardement der aufständischen Stämme beauftragt worden.

# Tschu-Mao.

## Der Popanz des „Temps“.

Moskau, 8. August. (Dt.-Expres.)

Die „Pravda“ wirft dem Pariser „Temps“ vor, „sei es aus Unwissenheit, sei es aus Spekulation auf die Unwissenheit seiner Leser“, die unglaublichen Tatarennachrichten über die gegenwärtigen Kämpfe in China verbreitet zu haben. Nach der „Pravda“ zeigen die Artikel des „Temps“ zunächst einen derartigen Mangel an geographischen Kenntnissen über China, daß ihm Mißverständnisse postierten, „etwa als ob man Spanien mit Jugoslawien

# Alexander Rau:

## „Wiederaufnahme beantragt!“

Erstaufführung im Lessing-Theater.

Ein Tendenzstück gegen die kalte Justizmachinerie, das um Menschlichkeit wirbt und mit jellener Objektivität auch dem Gericht Gerechtigkeit widerfahren läßt. Das Publikum geht interessiert mit und spendet dem Schauspiel Otto Ernst Heises — Alexander Rau ist ein Pseudonym — einen herzlichen und auch verdienten Beifall. Dgr.

„Pravda“ einen China-Bericht des „Temps“ vom 2. August an, in welchem gemeldet war, daß ein chinesischer General Tschu Mao, der in Deutschland militärisch ausgebildet worden sei, als Sommelier die „kommunistischen Herden“ führe, und zwar nur zum Zweck des Plünderns, des Mordens und Zerstörens. Die „Pravda“ bemerkt dazu, daß dieser General überhaupt nicht existiere! Wenn mit dem sogenannten Tschu Mao etwa der Führer des vierien Roten Korps gemeint sein sollte, so heiße dieser Tschu Deh, habe sich niemals in Deutschland aufgehalten, wohl aber in Frankreich, wo er die kommunistische Lehre kennen lernte. Außerdem gebe es bei den chinesischen Kommunisten einen Kommissar namens Mao-Tse-Tun. Aus diesen beiden Männern habe der „Chinatanker“ offenbar den schrecklichen Mordbrenner Tschu Mao gefornit, mit dessen Greuelthaten der französische Epießbürger unheimlich erschreckt werde.

# Berdächtige in den Ostkarpathen.

## Ukrainische Expropriateure verhaftet.

Uzhorod (Karpatorußland, Tschekoslowakei), 8. August. In der Gemeinde Ragne Beresti in der Nähe der polnischen Grenze wurden abends von Gendarmen zwei unbekannte Ausländer angehalten. Man fand bei ihnen zwei Revolver und einen größeren Geldbetrag in Dollarnoten. Es besteht der Verdacht, daß sie Mitglieder der verbotenen ukrainischen Militärorganisation sind, deren Mitglieder vor einigen Tagen in Ostgalizien einen Postwagen überfallen, den Kutscher und einen Polizisten niedergeschossen und das Geld geraubt hatten. Die beiden wurden in das Polizeipräsidium gebracht.

# Pommereller Arbeitslofenfrawall.

Warschau, 8. August.

In der Gemeinde Ragne Beresti in der Nähe der polnischen 150 Arbeitslofen von der technischen Leitung des Eisenbahnhofs die Entlassung von 12 auswärtigen Arbeitern. Als dies abgelehnt wurde, überfielen die Demostranten diese Arbeiter mit Spaten und Stöcken und zwangen sie zum Verlassen der Arbeitsstätte. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Polizei hieb mit der blanken Waffe ein, da die Arbeitslofen die Entwaffnung der Bolschewisten versuchten. Sieben Personen wurden verhaftet.

# Persien und Türkei.

## Gebietsabtretung abgelehnt.

Konstantinopel, 8. August.

Wie aus glaubwürdiger Quelle verlautet, hat Persien auf die rüftige Anregung einer Grenzberichtigung eine ablehnende Antwort erteilt. Man nimmt an, daß der Generalkonsul Femi Pascha sich in die östlichen Wilajets begeben wird, um die Truppen im Hinblick auf neue Operationen zu inspizieren.

Zur Befreiung gefangener Missionarinnen ist der britische Konsul in Tschang (China) nach Tseping abgereist, um mit dem Führer der Aufständischen zu verhandeln.

Beginn 1. August

SAISON

Mengenabgabe vorbehalten  
Verkauf soweit Vorrat

# AUSVERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN

## PREISE teilweise herab- gesetzt bis zur HÄLFTE

Die neue  
**Filzkappe** 2<sup>90</sup>  
fesch u. modern, Stück jetzt

**Blusenschoner** 2<sup>45</sup>  
für Damen, reine Wolle... Stück jetzt 2<sup>95</sup>

**Jumper** für Damen, ans Tricot, charmante, schwere Qualität, früher Stück bis 14,75, jetzt 9<sup>75</sup>

**Knaben-Einköpfer-Anzüge** 95 Pf.  
gute Waschatoffe, hübsche Farben, für ca. 2-4 Jahre, Stück jetzt

**Milanese-Büstenhalter** 95 Pf.

**Frauen-Kleider** 12<sup>75</sup>  
aus guter Waschkunstseide, schöne Druckmuster, vorrätig bis Größe 50... Stück jetzt

**Gabardine-Mäntel** 54<sup>00</sup>  
f. Herren, reine Wolle, St. jetzt

**Kinder-Pyjama** 1<sup>95</sup>  
nette Form, Eg. 50, Stück jetzt  
Jede weit. Gr. (10cm) 50 Pf. mehr

**Frauen-Kleider** 27<sup>50</sup>  
aus reinseidenem Foulard, dunkle, gedeckte Muster, gute Passform, vorrätig bis Größe 52... Stück jetzt

**Elegantes Popeline-Oberhemd** 5<sup>50</sup>  
schöne Muster, durchgehend, gef. Brust, Ersatzmanschett., früher Stück bis 7,90, jetzt

**Damen-Schlüpfer** 1<sup>35</sup>  
Kunstseide, glatt oder gestreift, gute Qualität, .....Stück jetzt

**Damen-Spangenschuhe** 6<sup>85</sup>  
feinfarbig, Paar jetzt

**Damen-Strümpfe** 1<sup>15</sup>  
gute Kunstseide, feinmaschig, fehlerfreie Qualität, Paar jetzt

**Herren-Socken** 85 Pf.  
reine Wolle, gestriekt, schwere Qual., Paar jetzt

174

\*) Nur Leipziger Str., Alexanderplatz, Frankfurter Allee, Wilmerdorfer Str., Bello-Allianze-Str., Clausenstr.

# HERMANN TIETZ

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeigen**  
Den Mitgliebrn zur Nachricht, daß unter Kollege, des Schmied

**Franz Neitzel**  
geb. 29. August 1894, am 5. August gestorben ist.  
Die Einäschung findet am Sonnabend, dem 9. August, 19, Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg statt.

Am 4. August fand unter Kollege, der Weberloge

**Paul Zürbel**  
geb. 12. Dezember 1879.  
Die Einäschung findet am Mittwoch, dem 18. August, 18 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg statt.  
Ihre ihrem Andenken: Ruge Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Danksagung**  
Für die mir und meinen Kindern bei dem Tode meines Mannes erwiesene Teilnahme sage ich insbesondere der 7. Abteilung des G. B. D., dem Reichsbanner Berlin-Mitte, der 69. Wohlfahrtskommission, den Beamten und Kollegen der hiesigen Gewerkschaft, sowie dem Herrn Richter des Friedens-Bereichs für seine freundlichen Worte im Sinne meiner tiefempfindlichen Dank.  
Witwe Marie Anspach.

Angenehmen Aufenthalt bieten unsere **alkoholfreien Erfrischungsstellen:**  
**Volkspark Rehberge**  
**Volkspark Wuhlheide**  
**Volkspark Friedrichshain**  
Zeitgemäß billige Preise!  
„Natur“ Gemeinnützige Vertriebsgesellschaft m. b. H.  
Berlin N. 24

**Stempel-Hecht**  
Fabrik Robert Hecht  
Inh.: Alfred Schneller  
Berlin S 14, Annenstr. 10  
Fernruf R 7  
Jannowitz 3018  
Liefert Stempel jeder Art

## Bäder u. Kurorte

**BAD SCHMIEDEBERG BEZ. HALLE**  
STÄDT. EISENMOORBAD ÜBER 50 JAHRE BEWAHRT  
BEI RHEUMA, GICHT, ISCHIAS, FRAUENLEIDEN  
KURZEIT 22. APRIL - ENDE NOV. PROSPEKT A. DURCH STÄDT. ENDEVERWALTUNG.

Besucht den **HARZ** und Kyffhäuser

**Bad Frankenhausen, Kyffh.**  
Das altbewährte Heilbad am Kyffhäuser. Ausk. d. die Bäderdirektion.

**Bad Suderode**  
an idyll. Harz. Sie finden dort Erholung und gesundes, kraftige Zerstreuung und im neuartigen Kalk- u. Sulfidbad auch Gesundheit. Prospekt durch Kurdirektion.

**Bad Lauterberg i. Harz**  
Luft- und Wasserheilbad.  
Vom Kneippbunde anerkannt.  
**Kneipp-Kurort**  
für Mittel- u. Norddeutschland

**Blankenburg i. H.**  
(254 m mittlere Höhe)  
entzückend: gelegener Luftkurort, mildes Gebirgsklima, viel Sonne, herrl. Wälder, großes Freibad.  
Der Ort der Erholung!

**Elbingerode-Harz** **Brücken-gebiet, 500 m**  
Der beliebte bill. Höhenkurort.  
Herrl. Freibad, ausgedehnte Walds.  
Goth. Z. Schützenhaus, 5-5.30, 7.65 d. u. N.

**Ilseburg** der Luftkurort am Fuße des Brocken

**Wernigerode**  
Gebirgs-Luftkurort ohne Kurtaxe  
Der Schlüssel zum Harz  
Marktfestsiele  
Schriften kostenfrei u. Verkehrsamt



**Benneckenstein**  
Süd-Harzharz 500 N. N.  
Der Kurort für Ueberarbeitete

**Gernrode**  
Klimatischer Kurort in prächtiger Lage  
300 m. über dem Meeresspiegel, mit herrlichen Bäumen u. Fichten-Waldungen. Ausgesprochen schillernde Kurparken. 2 Hauptkuren: Sulfid- u. Sulfid- u. Sulfid-Wasserheilbad.  
Niedrige Preise - Keine Kurtaxe

**1000 jährige Nordhausen**  
muß jed. Harzbesucher sehen. Führer in allen Reisebüros und durch das Städtische Verkehrsamt Nordhausen.

**Gesundung Erholung** bietet  
**Schierke**  
Der alpine Luftkurort am Brocken

Auskünfte und Werbescriften durch alle Reisebüros, Kurverwaltungen sowie den Harzer Verkehrsverband e. V., Wernigerode.

**Gästebiese**  
(Oder) angenehmer Sommeraufenthalt. mäßige Preise. Wald, Wasser, Freibad, Ausk. Prospekt gegen Rückporto. Der Verkehrsverein.

**Luftkurort Tannesberg**  
Pens. Schloßberg, 655 m hoch, Besitzer A. Grich. Neue Dependancen, schöne - Glashalle, Badzimmer, Freibad, viel Wald. Preis 4 Mark. Prospekte zu haben.

**Münden.**  
Schöne Pr. Fremdenzimmer, 2 Min. z. Bahn Betr. 150 m. Frühstück, Best. erw. Frau STERL, Schillerstr. 31/32.

**Abbenrode (Nordharz)**  
am herrlichen Sargwalde gelegen. Beste Verpflegung. Tägl. 4 Mk. Dr. Gatten Urogemisch. Bierg. u. Autoverbindung. Badeanstalt. Priogastheim „Elise“.

**Luftkurort Wienrode**  
b. Blankenburg u. S. Gute preiswerte Venken, ruhige Lage. Garten, Biergast. E. Kiewerth.

**SCHWERIN**  
IN MECKLENBURG  
DIE STADT DER SEEN UND WÄLDER  
Werbeschriften durch die Reisebüros und den Städtischen Verkehrsausschuß, Schwerin i. M.

**Horderney**  
das führende Nordseebad

**Wyk auf FOHR**  
Nordseebad

**Über 200 000 Personen jährlich** besuchen die weltberühmten **Rübeländer Tropfsteinhöhlen (Hormanns- und Baumannshöhle)**  
Versäumen auch Sie nicht, sich diese Naturwunder anzusehen.  
Gute Unterkunft in Hotels und Privat jederzeit möglich.

# Wochenende in der Mark

## Ausflüge in die weitere Umgebung

### Werder und Umgebung.

Nicht man auf eine Karte der Havellandschaft, so zeigt sich Werder als Mittelpunkt eines Bäder- und Wasserfahrtegebiets, das außer Potsdam Orte wie Mi-Täpflig und Rhöben, Groß-Kreuz (Station für Lehmin), Lehmin selbst, Ferch, Blenewitz und Wickenhof zeigt. Viel Wald dabei: der zu allen Jahreszeiten prächtige Wildpark zwischen Potsdam und Gellow, und dann das große Waldgebiet zwischen Lehmin und Wickenhof. Mehrere Eisenbahnen machen das Hin- und Herkommen zum gewöhnlichen Ausgangspunkt bequem und Dampfer und Postautos stehen ebenfalls zur Verfügung. Aber man vergesse auch nicht, der Stadt Werder selber Beachtung zu schenken: außer der Saumbücherei präsentiert es sich gewissermaßen in Stoll, und es hat malerische alte Winkel und moderne Anlagen genug, um den nicht gerade mit Rekordzahlen prunken wollenden Touristen zu fesseln. Die Werdererzeitung hebt hervor, daß Werder die einzige Inselstadt der Mark sei — unsere von Junktors Luftdienst aufgenommene Ansicht gibt einen Begriff von der Isolierung durch das feuchte Element, auf das von den Höhen, die den Straßenzug zum Bahnhof begleiten, auch der nicht vom Fruchtwein begeisterte Mensch mit Vergnügen herabbliden wird. Von den nach allen Seiten sich dehrenden schimmernden Flächen hebt sich der dunkle Wald effektiv ab — er sieht dem Wanderer offen, bis auf das am nächsten liegende Behagere Gebiet, wo der Gutsherr jedes Abweichen vom Wege verbietet. „Dieses Verbot“ — schreibt die neueste Auflage des Reiseführers durch die Provinz Brandenburg — „verdient scharfe Mißbilligung.“



Werder aus der Vogelschau.

Von Potsdam nach Werder führen zwei Wege: der direkte auf dem Werder-Steige und dem Werderischen Damm zur Wildparkfähre über die dort 800 Meter breite Havel, oder mit dem Umweg über Baumgartenbrück und Mi-Gellow und auf dem rechten Havelufer zur Fähre. Man kann auch in Baumgartenbrück gleich auf das linke Ufer gehen und dann rechts abbiegend nach Werder gelangen. Es sind dies angenehme Spaziergänge, die 1 1/2 bis 2 1/2 Stunden erfordern. Die Wanderung von Werder nach Ferch über: direkt Behow oder mit dem Umweg über Window nach Behow und von da über Mittelbusch und Neue Schreine nimmt

etwa 3 Stunden in Anspruch. Von Ferch zur Station Ferch-Blenewitz der Linie Wildpark-Beßig gebraucht man etwa 1 Stunde. Von Bahnhof Werder kann man, auf dem linken Ufer nordwärts wandernd, in 1 Stunde Phöben erreichen. Demselben

mit Fähre übergehend, führt der Weg über Mi-Täpflig nach Bornim-Potsdam zurück. Der Weg nach Lehmin (4 Stunden) führt über Window und Wickenhof zu der schönen Klosterheide von Lehmin. Der durch das ehemalige Kloster bekannte Ort wird von fünf Seen umgeben, die sämtlich auf kurzen Spazierwegen zu erreichen sind.

### König vom Irak in Berlin.

König Faisal vom Irak ist gestern nachmittag in Begleitung seines Adjutanten und seines Kammerdieners auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich in Vertretung der Reichsregierung und in Vertretung des Reichsaußenministers Ministerialdirektor de Haas, der Ober des Protokolls Graf von Tattenbach und Legationsrat Grabbe auf dem Bahnsteig eingefunden.

Das Königreich Irak mit den Städten Bagdad und Basora liegt zwischen dem unteren Euphrat und dem Tigris, im sogenannten Mesopotamien. Früher türkisch, wurde es 1921 Königreich, das unter englischem Mandat stand. König wurde Faisal, der dritte

Sohn des später vertriebenen Königs Hussein vom Hejaz. Nach einem Vertrag, der nur kurzer Zeit zwischen der Arbeiterregierung Macdonalds und der irakischen Regierung abgeschlossen wurde, wird der Irak 1932 selbständiger Staat und als solcher vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes werden.

### Unverantwortlich!

#### Die Tragödie der Gertrud Schade in Lübben.

Umtlich wird zu der Tragödie der jugendlichen Hausangestellten Gertrud Schade in Lübben, die durch die leichtfertige Verdrängung, einen Diebstahl begangen zu haben, in den Tod getrieben wurde, folgendes mitgeteilt:

Die Staatsanwaltschaft Rottbus hat gestern in Lübben und Rottbus zur Aufklärung des Abhandenkommens von 100 Reichsmark in der Wohnung des Amtsgerichtsrats Werschluß mehrere Personen, darunter die Eheleute Werschluß und Frau Schenker, die Schwiegermutter einer Stiefstochter des Amtsgerichtsrats W. vernommen. Nach dem Ergebnis dieser Ermittlungen sind die 100 M. aus der Tasche der Frau Schenker abhanden gekommen. Die Tasche hing im Flur der W.schen Wohnung und war dort seit Freitag mittag aufbewahrt. Der Verlust des Geldes wurde am Sonnabend nachmittag bemerkt. Der Verdacht, das Geld entwendet zu haben, richtete sich gegen die Hausangestellte Gertrud Schade, weil nach Ansicht der Familie W. außer den Familienmitgliedern nur sie Zutritt zu dem Flur hatte und sie bereits vorher einmal einer anderen Hausangestellten, nach deren Angaben, einen kleinen Gelddbetrag entwendet haben sollte. Da Amtsgerichtsrat W. es für aussichtslos hielt, bei dem Mädchen durch gütliches Zureden etwas zu erreichen, und weil nicht ihm, sondern einer bei ihm zu Gast weilenden Frau ein erheblicher Betrag gestohlen worden war, machte er Anzeige bei der Polizei. Nach erfolgloser Vernehmung durch den Polizeioberwachmeister May und nach einer ergebnislosen flüchtigen Vernehmung durch Frau Schenker wurde das Mädchen durch Amtsgerichtsrat W. entlassen. Auf die Anregung des Amtsgerichtsrats W. wollte die Polizei eine Hausdurchsuchung in dem benachbarten Steinbrunn in der Wohnung der Eltern, die auch die Wohnung des Mädchens war, vornehmen. Gleichzeitig sollte auf der Polizei eine gründliche Vernehmung stattfinden. Dagegen hat Amtsgerichtsrat W. nicht gewillt und nicht gewillt, daß Fräulein Schade bis zum nächsten Tag auf der Polizei festgehalten werde. Auch hat er keinen Einfluß auf das polizeiliche Verfahren genommen. Die bisherigen Vernehmungen haben bis jetzt keine Klarheit darüber geschaffen, wie die 100 M. abhanden gekommen sind. Eine genaue Nachprüfung der Vertiktheit hat die Möglichkeit ergeben, daß aus der neben der W.schen Wohnung liegenden Schenkerischen Wohnung sich eine Person unbemerkt in den Flur hat einschleichen können. Diese beiden Wohnungen sind nur durch eine, meist geschlossene Tür getrennt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß am Freitag, 11. Juli, an dem die Familie Schenker aus der Wohnung auszog und infolgedessen Fremde ungehindert Zutritt zu dieser Wohnung hatten, die Tür zeitweise unverschlossen gewesen ist und so ein Täter unbemerkt in den Flur der W.schen Wohnung hat eindringen können. Amtsgerichtsrat Werschluß hatte bereits am 1. Juni 1930 seine Entlassung aus dem Justizdienst beantragt. Diese Entlassung war ihm durch Erlaß des Justizministers vom 28. Juni 1930 gemährt worden. Seit dem 21. Juni war er bis zu seinem Ausscheiden beurlaubt.

Zur Entschuldigung des ganz unverantwortlichen Verhaltens dieses Amtsgerichtsrates dient auch die amtliche Feststellung in keiner Weise. Vor allem wird es aber notwendig, sich mit der Lübbener Polizei zu beschäftigen, die ein unverschlossenes Mädchen unter den beschämendsten Umständen zum Bode führt und dort wie eine Schmerzwortschreiberin in Gemahrlam hält — weil der Herr Amtsgerichtsrat als Hauptperson hinter der Angelegenheit steht.

## SINCLAIR LEWIS

# DER ERWERB

### ROMAN

„Wie gefällt Ihnen unser trautes Heim,“ fragte die lebhaft kleine Cassavant.  
 „Am besten gefallen mir die Schuhe der Frau Fite. Ich glaube, sie eignen sich gut dazu, sie haben nachzuwerden.“  
 „Gut gemacht, Golden. Sie sind aufgenommen.“  
 „Hören Sie, Magen“, sagte Frau Lawrence, „Fräulein Golden ist ganz meiner Meinung über die Büroarbeit der Frauen — keine Chance —“  
 Ramie Magen seufzte und sagte: „Eiher“, mit einer Stimme, die wohl von Natur aus rauh gemein sein mußte, die sie aber anscheinend wie eine Violine zu gebrauchen gelernt hatte — „Eiher, meine Liebe, wenn Sie nur jemals verstehen könnten, was das Büro für mich getan hat! Als ich noch drüben im Osten der Stadt beschäftigt war, da hieß es: immer arbeiten und arbeiten und mitansehen, wie all die hübschen Mädchen in unserem Häuserblock sich in Wäschefabriken die Tuberkulose holten oder Lumpen von Männern heirateten, jedes Jahr ein Kind bekamen und so mager und verbraucht wurden, und die Streiks der Konfektionsarbeiter und die Streikposten in den kalten Nächten. Und jetzt bin ich in einem Büro — alle Jungens sind elegant und häßlich, nicht wie der Stagenaufseher in dem Warenhaus, in dem ich gearbeitet habe — ich habe die Möglichkeit, jede Arbeit zu tun, die ein Mann tut. Der Chef ist ohnehin erpicht darauf, Frauen zu finden, die für ihre Arbeit wirklich Interesse haben, als wäre es ihr eigenes Geschäft — Sie wissen es ja; er hat es Ihnen doch selbst gesagt —“  
 „Aber natürlich, die Melodie kenne ich schon“, sagte Frau Lawrence. „Und Sie gehen hin und haben Interesse für Ihre Arbeit und kriegen achtzehn Dollar per Woche für statistische Arbeiten, die kein studiertes Mannsbild in holen für weniger als fünfundsiebzig tun würde.“  
 „Aber man könnte auch sagen, Lawrence“, warf Jennie Cassavant ein, „Magen gibt zu, daß die Welt im allgemeinen ein großer Gauhaufen ist, und glaubt, Büros seien das Himmelreich, weil sie im Vergleich zu den Schwitzkästen sohdemwegs arbeitslos sind.“

Die allgemeine Diskussion war im Gang. Alle, bis auf Una und die „Könne“, warfen mit allem herum, von Tatsachen angefangen bis zu Brotlügeln, und sie unterhielten sich in einer so unvermeidlichen und derben Art, wie Männer im Kaffeehaus. Una hatte jemand gefunden, mit dem sie fachsimpeln konnte — was das einzige vernünftige Gespräch in der Welt ist.

Nach dem Abendessen lungerten alle in Unas und Frau Lawrence's Zimmer umher und unterhielten sich volle vier Stunden lang über Theaterstücke, junge Männer und Frau Fite — alle, bis auf die hübsche Rose Larsen, die um acht Uhr von einem jungen Mann abgeholt wurde. Sogar dem Neuanfömling Una wurde die Begünstigung eingeräumt, sich an den umfassenden, höchst eingehenden und nicht ganz einmüßigen Ratsschlagen zu beteiligen, die man Rose mit auf den Weg gab — Ratsschlagen, die so weit gingen, daß sie den jungen Mann sicherlich in Erstannen gefehrt hätten. Nebenbei ließ Una Fräulein Larsen ein Paar Seidenstrümpfe, half drei anderen Mädchen, die krausen Haare der kleinen Rose bändigen, und nahm teil an der feierlichen Prozession, die ihr bis zur Treppe das Geleit gab, als der noch immer abnungslose junge Mann von unten her gemeldet wurde. Und Una war es, die es zuwege brachte, den jungen Mann zu sehen, ohne selbst gesehen zu werden, und die sich dadurch auszeichnete, daß sie herichten konnte, er habe glattes, schwarzes Haar und einen kleinen Schnurrbart und trage einen Spazierstock.

Una erlebte mit sechszwanzig Jahren ihre Pensionszeit. Die Gegenwart so vieler Menschen, mit denen sie vielleicht befreundet werden könnte, gab ihr Selbstvertrauen und die Fähigkeit, sich mitzuteilen. Sie legte sich an diesem Abend glücklich zu Bett, mit dem Gefühl, heimgefunden zu haben zu Leuten, zu denen sie gehörte; unter Frauen zu sein, die lärmend oder schweigend, indolent oder strebsam, darin vereint waren, ein der Arbeit gewidmetes Leben in einer Welt möglich zu machen, die noch immer von den Idealen des Harems benebelt war.

### Zwölftes Kapitel.

1.

Noch während der ersten Woche in dieser Lage lernte Una zum erstenmal das Gefühl kennen, geschäftliche Verantwortung zu tragen, etwas zu leisten und überhaupt so aufzutreten wie ein Mann. Aber um sie dorthin zu erwecken, mußte das Schicksal erst das unschuldige Bein des Herrn Tron Wilkins brechen, als er an einem Freitagabend um sieben

Uhr aus seinem kleinen asthmatischen Automobil auf einen bereiten Gehsteig trat.

Als Una am Sonnabendmorgen ins Büro kam, wurde sie von Herrn Wilkins telephonisch benachrichtigt, daß sie die Aufsicht über das Büro, über Bessie Krater und den Laufburgen übernehmen und selbständig mit der „Küsten-Siedlungs- und Bau-Gesellschaft“ über das Projekt für drei Reihen halb freistehender Bissen unterhandeln müsse. Drei Wochen hindurch war das Büro so grundverschieden von der Treitmühle, die es sonst zu sein pflegte, wie das Abstinenzinnenheim und das von angeregten Kontraktanten erfüllte Zimmer der Frau Lawrence von der Pension der Grays verschieden war. Es machte sie glücklich, bis spät abends zu arbeiten, morgens, statt um halb neun, um drei Viertel acht zu kommen, mittags nur schnell in eine Cafeteria zu eilen, um ein paar Sandwichs und eine Tasse Kaffee zu verschlingen, geduldig mit Besuchern zu sein und zu versuchen, diesem Naturkind Bessie Krater eine Ahnung von Rechtschreibung beizubringen. Sie ging eiligen Schrittes im Büro herum und war auf die herrschende Sauberkeit nicht wenig stolz. Mit einem von der Telephonengesellschaft entliehenen Kopfhörer sah sie täglich eine halbe Stunde lang im Gespräch mit Herrn Wilkins, nahm sein Diktat auf, empfing seine Warnungen und Vorschläge, und versicherte ihm, daß die Untergrundbahn in seiner Abwesenheit immer nach verkehrte und dieselbe politische Partei noch am Ruder sei. Nach einer aufgeregten Konferenz mit dem Vizepräsidenten der Küsten-Siedlungs-Gesellschaft, in der sie so berecht wie eine Automobilreklame war, in bezug auf Herrn Wilkins' früherer Meisterwerke — „modernster Komfort, Parketten, Balkendecken, Tellergerüste, ausschließliche Verwendung von hartem Holz, neue und geschmackvolle Ausstattung“ — erreichte Una den Gipfelpunkt kaufmännischer Tugenden: sie brachte das Geschäft zum Abschluß.

Herr Wilkins kam zurück, und unter vielem Häuspern und vielen „Hms“ lobte er manches, worüber sie Zweifel gehegt hatte, und deutete auf Fehler hin in Dingen, die sie besonders gut durchgeführt zu haben glaubte; im allgemeinen waren seine Worte anerkenntend, aber nicht befriedigend. In einigen Tagen jedoch war er es, der den Gipfelpunkt aller Tugenden eines Chefs erreichte — er erhöhte ihr Gehalt: auf fünfzehn Dollar wöchentlich. Sie war jedoch wiederum bloß eine Sekretärin, und der Bürobetrieb schleppte sich durch eine neuerliche normale Periode, in der alle dramatischen Episoden der Vergangenheit ungläubhaft schienen, und die Zukunft grau.

(Fortsetzung folgt.)



# Der Linoleumtrust als Preistreiber.

Frankfurt a. M. stellt Linoleumverwendung ein / Der Druck muß verschärft werden.

Sämtliche Mitgliedsstädte der Bauwirtschaftsstelle für das Wirtschaftsgebiet Frankfurt a. M. und Umgebung haben ein Schreiben an die Linoleumwirtschaftsstelle in Oldenburg (deutscher Linoleumtrust) gerichtet, worin errechnet wurde, daß die Linoleumpreise durch die letzten Herausforderungen um 18 Proz. und seit den Preisentwertungen von 1927/28 sogar insgesamt 35 Proz. gestiegen seien. Auf Grund dieser Steigerung hat die Stadt Frankfurt a. M. den Beschluß gefaßt, bei städtischen Neubauten Linoleum künftig nicht mehr zu verwenden.

Der deutsche Linoleumtrust antwortet auf diesen Angriff, daß die Rohstoffkosten, insbesondere die für Seinal und Korl, um 39 bzw. 100 Proz. gemachsen seien. Es wird als Folge der Betriebsrationalisierung und -zentralisierung bezeichnet, wenn demgegenüber die Preise für Linoleum um wesentlich geringere Prozentsätze gestiegen seien. Der Trust ist mit seinen Beweisgründen aber einseitig! Es gibt nämlich Rohstoffe der Linoleumfabrikation, die in den letzten Jahren eine ganz wesentliche Preisentwertung zeigen, in erster Linie Zute. Diese Tatsache bleibt in dem Antwortschreiben der Deutschen Linoleumwerke unerwähnt. Dafür wird mitgeteilt, die tarifmäßigen Löhne seien um 100 Proz. seit 1924 gestiegen. Abgesehen davon, daß es sich bei der vorerwähnten Preisentwertung um den Zeitraum seit 1926/27 handelt — nicht seit 1924 —, daß also die genannten Angaben gar nicht miteinander vergleichbar sind, haben die Linoleumwerke offensichtlich geschwiegen, um wieviel die Lohnsteigerung durch Entlassungen wieder wettgemacht worden ist, mit anderen Worten, wie stark die Lohnkosten gesunken sind. Bekanntlich sind sowohl das Wert Kopenik wie das Wert Hanja in Delmenhorst stillgelegt worden — trotz der seit Jahren anhaltenden Umsatzsteigerung. Selbst im gegenwärtigen Krisenjahr haben in den ersten 6 Monaten die Verkäufe der Gesellschaft die des ersten Halbjahres 1929 überschritten, und erst in der allerletzten Zeit soll ein Nachlassen der Geschäfte zu bemerken sein. Auf jeden Fall ist nach Verwaltungsmeinung auch für das laufende Jahr die seit Jahren gezahlte Dividende von 15 Proz. wieder sicher!

Generaldirektor Heilner erklärte vor wenigen Wochen den Aktionären, die Aussichten für die Zukunft könnten als recht befriedigend

bezeichnet werden. Man rechne damit, daß für das laufende Jahr durch die Stilllegung der beiden Werke „Hanja“ und „Kopenik“ größere Ersparnisse erzielt werden. Von einer eingetretenen Erhöhung der Produktionskosten war da niemals die Rede; nur von Umsatzsteigerungen und ähnlichen schönen Dingen. Auch der Abschluß der Gesellschaft für 1929 brachte noch eine Erhöhung des Reingewinns um 480 000 auf 3,10 Mill. M., nach einer Steigerung der Abschreibungen um 200 000 auf 3,02 Mill. M.

Das der Linoleumtrust dank seiner Monopolstellung in Deutschland übermäßige Gewinne einsteckt, wird auch durch die Tatsache bewiesen, daß er im Ausland die Preise senken kann, sobald irgendwo ein Außenleiter aufgetaucht ist. So haben die Deutschen Linoleumwerke zugegeben, daß der Trust in Schweden lediglich „mit Rücksicht auf die dortigen Preisverhältnisse“ eine fünfprozentige Preisentwertung vorgenommen hat. Auf die Weidung von gestern, daß in Oesterreich im Herbst eine große trustfreie Linoleumfabrik an den Markt treten will, haben die deutschen Linoleumwerke sofort „geeignete Gegenmaßnahmen“ ins Auge gefaßt, d. h. offenbar die Senkung ihrer Preise für Oesterreich. Der Trust ist ausländischen Außenleitergründungen auch durch Aktienkäufe zuvor gekommen. Um für derartige Käufe auch weiterhin Geld übrig zu haben, zwingt er den bauenden Kommunen und den Privatkonsumenten in Deutschland übermäßige Preise auf.

Die Preispolitik des Linoleumtrusts ist unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen ein offener Skandal. Ganz klar liegt hier ein das gesamtwirtschaftliche Interesse schädigender Mißbrauch einer wirtschaftlichen Machtstellung zu Tage. Die Stadt Frankfurt leistet der gesamten Volkswirtschaft einen Dienst, indem sie demonstrativ die weitere Verwendung von Linoleum bei ihren Bauten verweigert. Da es sich beim Linoleumtrust nicht um ein Kartell handelt, bleibt als Abwehrmaßnahme nur die Nichterwerbungen von Linoleum. Die Staatsbehörden sollten aber auch autoritativ über die Befolgung des Frankfurter Beispiels hinaus — den Druck auf den Linoleumtrust verstärken. Linoleum ist ein Baustoff, der immer größere Bedeutung erlangt. Senkung der Baustoffpreise ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Belebung des Baumarkts. Sie muß materiell und psychologisch durch ein scharfes Vorgehen gegen die überhöhten Linoleumpreise gefördert werden.

wie vor bei den paar wirklich freien Händlern, die immer wieder trustfreie Bezugsquellen im Ausland finden und hier, ohne viel Geschrei dabei zu machen, die Zapfstellpreise der Konvention unterbieten. Nach der Ausschaltung des rumänischen Außenleiters durch die Trustgruppen braucht kaum besonders betont zu werden, daß diese freien Händler — ihren Eifer in Ehren — kein genügender Schutz der Benzinkäufer gegenüber der mächtigen Konvention sind. Eine Auflösung der Konvention könnte kaum eine Veränderung schaffen. Die Wirtschaftsgeschichte kennt kein Beispiel, daß von festgesetzten Trusts mit einer praktischen Monopolstellung sich leicht Preisherabsetzungen erzwingen lassen. Wandel könnte nur durch ein staatliches Tankstellenmonopol oder eine straffe Organisation der Benzinkäufer eintreten, die freilich eine kräftigere Initiative an den Tag legen müßte, als es seinerzeit etwa durch den ADAC. (Allgemeinen Deutschen Autoclub) geschah.

## Im Juli höhere Großhandelspreise.

Wegen der steigenden Agrarpreise.

Zum ersten mal seit fast einem Jahr zeigt der Großhandelsindex eine Steigerung. Der Gesamtindex ist im Juli gegen Juni von 124,5 auf 125,1 Prozent gestiegen.

	Juli 1929	Januar 1930	Juni 1930	Juli 1930
	(1913 = 100)			
Großhandelspreise gesamt	137,8	132,3	124,5	125,1
Agrarstoffe	132,4	121,8	109,7	114,8
Rohstoffe und Halbwaren	131,3	128,3	122,0	119,4
Industrielle Fertigwaren	157,3	156,0	151,2	150,5
Produktionsgüter	138,7	139,5	138,3	138,0
Verbrauchsgüter	171,4	168,4	160,9	159,9

Damit sind auch im Monatsindex die Preissteigerungen deutlich geworden, die wir schon für die vergangenen Juliwochen festgestellt haben. Die Erhöhung ergab sich ausschließlich aus der Verwertung der Agrarstoffe von 109,7 auf 114,8 Prozent, insbesondere aus den Preissteigerungen für Milch, Butter und Eier, die zum Teil allerdings als saisonmäßig anzusehen sind. Gegenüber Juli 1929 und Januar 1930 sind aber auch die Agrarstoffe beträchtlich im Preis gesunken. Bei den übrigen Waren hat sich die Preisentwertung noch fortgesetzt. Bei den Produktionsgütern zeigt der Preisvergleich auch gegenüber dem Vorjahr überhaupt noch keine Senkung!

## Quartalsbericht der Reichspost.

3 1/2 Million Rundfunkteilnehmer.

Von April bis Juni ist der Postverkehr im ganzen gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres etwas zurückgeblieben. Brief- und Geldverkehr, die Zahl der Postkonten und der Fernsprechtellen, die Zahl der Brief- und Bültelegramme sind aber weiter gestiegen. Ende Juni wurden rund 3 1/2 Millionen Rundfunkteilnehmer gezählt gegen 2,8 Millionen Ende Juni 1929. Die Zahl der Funkstellen auf deutschen Luftfahrzeugen hat sich in der gleichen Zeit von 68 auf 139 erhöht.

Einnahmen von 532,4 Millionen standen im 2. Quartal 1930 Ausgaben von 529,3 Millionen gegenüber.

## Die deutsche Kautschukindustrie 1930.

Unter diesem Titel bringt das Spezial-Archiv der deutschen Wirtschaft, Verlag R. S. H. Hoppenstedt, Berlin, demnächst eine Monographie heraus, die, nach einem jeden erschienenen Jahrsdruck zu schließen, als Informationsquelle wohl einzig dastehen wird. Man findet nicht nur eine erschöpfende Darstellung der Struktur und konzentrativen Entwicklung der Kautschukindustrie und ihrer Konzerne, sondern auch ausführlich belegte Angaben über die eingetretene außerordentliche Verbesserung der Rentabilitätsverhältnisse dieser für Deutschland besonders charakteristischen Industriezweige. Die Rentabilität des Auslandes wird an Hand eines reichhaltigen Materials daraufhin untersucht, inwiefern sie die Sonderstellung der deutsch-französischen Kautschuker in den nächsten Jahren beeinträchtigen könnte. Die Verfasser gelangen zu einem optimistischen Urteil über die Zukunftsaussichten der deutschen Kautschukindustrie.

„C. & A.“ — Abschluß für 1929. Die Allgemeine Textil-Fabrikations- und Handels-Ges. C. & A. Brenninfmeyer-Berlin veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ einen Abschluß für das Geschäftsjahr 1929, durch den sie schon durch die Vorjahrsabschlüsse die schnelle Ausdehnung der Firma mit Hilfe im Betrieb belassener Gewinne belegt wird. Bei 5 Millionen Mark Aktienkapital wird ein Reingewinn von 3,28 Millionen Mark (Vorjahr: 3,12 Millionen) ausgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft mit einer außerordentlichen Reserve von 9 Millionen Mark arbeitet, die im Laufe der letzten Jahre aus den Gewinnen geschaffen wurde. Die gleichmäßig hohe Rentabilität des Unternehmens steht in einem gewissen Gegensatz zu der allgemeinen Lage der Textilbranche, soweit man sie aus der Fachpresse kennt.

Ein Gremium der Hoffmann im wahren Sinne des Wortes ist der am Mittwoch gewählte Aufsichtsrat der Preussischen Central-Bodenkredit- und Bausparbank A.-G., die im Frühjahr durch Fusion entstanden ist und heute die größte Hypothekbank Deutschlands ist. Neben den Vertretern der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, der Darmstädter und Nationalbank, Reichskreditgesellschaft, Dresdner Bank, Commerz- und Privatbank A.G., der Rentenanstalt, Kredit-Anstalt und Berliner Handelsgesellschaft, der Privatbankhäuser Warburg, Reichelder und Oppenheim findet man Fritz Thyssen, Reichsfongler a. D. Cuno, Joar Kreiger und den Präsidenten der Swedish American Investment Corporation-Stockholm sowie den — verfassungsmäßig nicht mehr vorhandenen — Adol mit Fürst Otto von Bismarck, Freiherr von Gagl und Graf von Plücker-Burgbach. Die beiden fusionierten Gesellschaften hatten 43 Aufsichtsratsmitglieder, die neue hat 34; werden sie für ihre schwere Arbeit weniger verdienen?

# Benzinpreise und Benzinmonopol.

Die Kämpfe der „freien“ Händler. — Die Gewinne der Oeltrusts.

Der jahrelange Kampf der ausländischen Erdölkonzerne um die Abrundung ihres privaten Benzinmonopols in Deutschland scheint jetzt, nach den erregten Stimmen in der Fachpresse zu schließen, an einem entscheidenden Punkt angelangt zu sein. Die jetzige Situation auf den deutschen Treibstoffmärkten entbehrt dabei nicht einer gewissen Komik. Die sogenannten freien, in der Auswahl ihrer Lieferanten einigermaßen unabhängigen Benzinhändler haben sich die Diktatur der großen ausländischen Oelkonzerne jahrelang gefallen lassen, ohne sich um die Interessen der Konsumenten zu kümmern, ohne jemals Interna, die den Oelkonzernen unangenehm sein müssen, an die Öffentlichkeit zu bringen und ohne jemals das Kartellgericht zu belästigen. Die „freien“ Händler unterschrieben freiwillig Lieferungsverträge, die jetzt von ihnen als Knebelungsverträge bezeichnet werden, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Sie erhielten von den Konzernen, die den Benzinpreis mit Hilfe der 1926 gebildeten Konvention in die Höhe trieben, also kraft einer privaten Monopolstellung,

Verdienstspannen auf Kosten der Konsumenten zugestanden.

Jetzt, da die ausländischen Konzerne auch den freien Händlern durch verstärkte Konkurrenz (Bevorzugung der eigenen Tankstellen) unangenehm werden, da hat ein nicht unerheblicher Teil der Händler plötzlich entdeckt, wieviel Mißgefühl er doch im Grunde doch den Konsumenten entgegenbringt. Und so bekommt jetzt das Kartellgericht zu tun, es werden klammernde Proteste gegen die Vergewaltigung durch die großen Konzerne erhoben, man verlangt die Anwendung der neuen Kartellbestimmung zur Kartellaufhebung durch die Reichsregierung gegen die Benzinkonvention.

So viel Staub aufgewirbelt wird, da fehlen übrigens auch die Leute nicht, die gern im Trauben sitzen; im „Deutschen Volkswirt“ wird ernsthaft die Uebertragung eines staatlich anerkannten deutschen Treibstoffmonopols an den Benzolverband vorgeschlagen, d. h. an ein Syndikat der deutschen Schwerindustrie; der Benzolverband soll dann ganz Deutschland mit russischem Benzin versorgen, ein Plan, der gewiß auf die Stellung der deutschen Schwerindustrie zu den Sowjets ein interessantes Schlaglicht wirft, den Motorradfahrer und die deutsche Verkehrswirtschaft aber, die ihre Seiten auf die breite Masse abwählt, nur vom Regen in die Traube bringen kann.

Die Benzinhändler haben bei ihrer Flucht in die Öffentlichkeit und ihrer plötzlichen Entdeckung, daß die Verbraucherinteressen bedroht sind, ausgelprochenes Bed. Die Mitglieder der Benzinkonvention, d. h. die amerikanischen Oeltrusts nehmen nämlich solchen einen Verzicht zugunsten der Verbraucher auf sich: Die ursprünglich vorgesehene Benzinpreissteigerung am 1. August ist unterblieben und die Konventionsfirmen tragen die Erhöhung ihrer Gesehungskosten nach dem Inkrafttreten des Spiritusbezugszwanges selbst. Es besetzt nun allerdings die Möglichkeit, daß einer der Gründe für das Ausbleiben der Benzinpreissteigerung die Rücknahme der Konventionsfirmen auf die öffent-

liche Meinung war, der die Benzinhändler, wie vorauszu sehen war, Material geliefert haben. Man darf nicht vergessen, daß die Händler von den Oelkonzernen planmäßig in die gegenwärtige Situation gedrängt worden sind. Das immer größer werdende Reg der konzern-eigenen Tankstationen in Deutschland kann nicht entseht voll ausgenutzt werden; die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit ihren erheblichen Auswirkungen auf den Kraftverkehr vermindert seine Rentabilität um so mehr, als die Oelkonzerne sich durch nichts davon abbringen lassen, die mit übermäßig hohen Benzinpreisen erzielten Gewinne in immer neuen Tankstationen anzulegen.

Aus den Abschlüssen der Rheinania-Oil (Royal Dutch-Shell-Konzern), der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft (Kocheller-Trust), der Dleg (Anglo Persian-Gruppe) und der „Dersop“, Deutschen Betriebs-Gesellschaft für russische Oelprodukte, erhält man kein Bild von den tatsächlichen Gewinnen dieser mächtigsten Gruppen auf dem deutschen Benzinmarkt. Zu der Inossierung der Gewinne in — für heutige Bedürfnisse — verschwenderisch angelegten Tankanlagen tritt nach bekannten Vorbildern die Verschlebung der Gewinne nach dem Ausland in der Form zu hoher Berechnungspreise gegenüber den Produktionsgruppen. Ohne Rücksicht darauf, wie die Abschlüsse der genannten Unternehmungen aussehen mögen, ist es aber eine feststehende Tatsache, daß der Benzinpreis in Deutschland weit über dem Weltmarktniveau liegt. Die tatsächlichen Gesehungskosten für einen Liter Benzin, der bei uns für 37 Pfennige verkauft wird, betragen höchstens 15 bis 20 Pfennige; in den meisten Ländern, in denen die freie Konkurrenz noch nicht ausgeschaltet ist, bewegen sich die Zapfstellpreise auch etwa auf diesem Niveau. Rückschlüsse auf die Höhe der in Deutschland erzielten Profite ergeben sich auch aus den mehr als zwanzigprozentigen Preisunterbietungen der Verkäufer rumänischen Benzins.

Im Rheinland hat sich zwar eine kleine Preisentwertungswelle für Treibstoffe bemerkbar gemacht. Aber die „freien“ Händler verhandeln nach wie vor mit den Konzernen über eine Gebietsabgrenzung, die sicher später eine gemeinsame Preissteigerung bringen würde. Bedenkt man weiterhin, daß die Konventionsfirmen ihre Verteuerungsabsichten nur „vorläufig“ aufgegeben haben, daß ein Ausgleich für diesen Verzicht in Gestalt einer gehörigen Preissteigerung für Markenöl nach einer Korrespondenzmeldung bevorsteht und daß weiterhin auf die blöherigen Benzin- und Oelpreise wegen des Verbrauchsrückgangs im Ausland (beispielsweise in den Vereinigten Staaten) in den letzten Wochen hohe Rabatte gewährt werden mußten, so läßt sich wahrlich nicht behaupten, die Verlegung des deutschen Treibstoffbedarfes zu angenehmen Preisen sei gesichert.

Das Reich hat die Gelegenheit verjümt.

mit Hilfe des Spiritusbezugszwanges über die Reichsalkohol-G. m. b. H. einen Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen. So liegt die Vertretung der Verbraucherinteressen nach



NEUZEITLICHES SCHLAFZIMM. 535 RM  
GEGIEGENE VERARBEITUNG 728 RM  
DASSELBE BIRKE POL. 2 MTR.  
AUCH MIT 3 VOLL. TÜREN 980 RM

HUNDERTE MODERNER ZIMMER- UND KÜCHEN-EINRICHTUNGEN • ERSTAUNLICH PREISWERT • KAUFEN SIE JETZT, SIE SPAREN DABEI!

## BILLIGE MÖBEL-TAGE

AUCH TEILZAHLUNG • NACH IHREN WÜNSCHEN • 1. RATE OKTOBER



SCHLAFZIMMER BIRKE POLIERT 200 980.- RM  
1058.- RM

## DRIHA MÖBEL

ZENTRALE ELSASSER STR. 37 AM ORANIENBURGER TOR

# Arbeiter und Angestellte.

## Zum Berliner Metallkonflikt.

Der Verband Berliner Metallindustrieller operiert in seinen Berichten zur Rechtfertigung der Massenentlassung von Angestellten in der Berliner Metallindustrie mit Vorliebe mit der Behauptung, daß die Zahl der Arbeiter in einem starken Mißverhältnis zu der Zahl der Angestellten stehe. Der Zweck dieser Behauptung ist leicht zu erkennen. Er will die Arbeiter gegen die Angestellten ausspielen und der Deffektivität einreden, daß auf die Entlassungen bisher ganz besonders Rücksicht genommen worden sei.

Wie steht es mit dem angeblichen Mißverhältnis zwischen Arbeiter- und Angestelltenzahl? In einer vom Verband Berliner Metallindustrieller in der „Vossischen Zeitung“ vom 5. August erschienenen Notiz, worin in der Hauptsache die Argumente des Herrn Rechtsanwalts Oppenheimer in dem mit mir geführten Rundfunkgespräch wiederholt werden, wird hervorgehoben, daß seit Jahresfrist die Zahl der gewerblichen Arbeiter um mehr als 20 Proz. zurückgegangen sei, während die der Angestellten in denselben Firmen und in der gleichen Zeit sich noch nicht um 7 Proz. verringert habe.

Bereits im Rundfunk habe ich darauf hingewiesen, daß es sich nur scheinbar um ein Mißverhältnis, in Wirklichkeit dagegen um das Ergebnis einer durch die Rationalisierung bedingten Entwicklung handelt. Nach den Feststellungen des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist die Zahl der Arbeiter in seinen Mitgliedsfirmen vom 1. Juli 1919 von 163 541 auf 183 633 am 1. Juli 1920 — also in genau 10 Jahren um 12,4 Proz. gestiegen. In dem gleichen Zeitraum wies die Zahl der Angestellten eine Steigerung von 40 370 auf 61 481, also um 52,5 Proz. auf. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeiter- und Angestelltenzahl für den Zeitraum vom 1. Januar 1928 bis zum 1. Juli 1929, für sich, so ergibt sich, daß während dieser Zeit

die Arbeiterzahl von 197 729 auf 183 633 gesunken ist, während die Zahl der Angestellten von 55 954 auf 61 461 anwuchs.

In diesem relativ kurzen Zeitraum sieht also eine stetige, wenn auch allmähliche, Senkung der Arbeiterzahl einem proportional stärkeren Anwachsen der Angestelltenzahl gegenüber, ohne daß während dieser Zeit guter, zumindest aber erträglicher Konjunktur von einem „Mißverhältnis“ gesprochen wurde.

Am 22.8.29 wird bewacht verschwiegen, daß die geringfügige Steigerung der Arbeiterzahl, ja sogar die spätere starke Senkung der Arbeiterzahl mit einer ständigen starken Vermehrung der Produktion verbunden war. In den „Osram-Notizen“ vom 15. August 1929 wird nachgewiesen, daß in der Zeit von Januar 1920 bis zum Januar 1929

die Arbeiterzahl in diesem Unternehmen von 13 484 auf 9093, also um 55 Proz. vermindert wurde. In dem gleichen Zeitraum ist in den Osram-Werken die Lampenproduktion von 5 092 427 auf 10 341 841 Stück, also um 103 Proz. gestiegen.

Aus dieser wahrscheinlich allgemeinen Steigerung der Produktion bei sinkenden Arbeiterzahlen erklärt sich ziemlich einfach das sogenannte „Mißverhältnis“. Man war in der Lage, mit einer stark verringerten Arbeiterbelegschaft die Produktion wesentlich zu steigern. Unmöglich war es jedoch, mit einer auch nur gleichbleibenden Angestelltenbelegschaft die erhöhten Produktionsmengen abzudecken; vielmehr wurde dazu eine größere Zahl von Angestellten benötigt. Der Verband Berliner Metallindustrieller bestätigt das selbst, wie aus seinen „Mittellungen“ vom 25. Februar dieses Jahres hervorgeht. Es heißt da: „Die Abweichung der Entwicklungslinien der Arbeiter- und Angestelltenbelegschaft ist aus den andersartigen Aufgaben der Angestellten in den Unternehmen zu erklären. Während die Höhe der Arbeiterbelegschaft fast ausschließlich abhängig ist von dem jeweiligen Umfang der Erzeugung, ist die Höhe der Angestelltenbelegschaft nicht im gleichen Maße durch sie bestimmt.“

In Zeiten schlechter Konjunktur werden sogar oft mehr Angestellte beschäftigt.

um Aufträge herinzubringen, zum Beispiel Propagandisten, Vertreter usw. oder um den Betrieb umzustellen. Bevor der technische Betrieb wieder in Gang kommt, werden bereits in den Konstruktionsbüros mehr Arbeitsträfte gebraucht. Dazu kommt, daß für Angestellte längere Kündigungsfristen bestehen und daß eine eingearbeitete Angestelltenbelegschaft nicht so schnell ersetzbar ist.“

Die Widersinnigkeit der ganzen Abbaution in der Berliner Metallindustrie wird mit dieser Zeichnung des Unternehmensverbandes hinreichend gekennzeichnet. Man könnte noch einwenden, daß die Produktionssteigerung mit den Umwälzungen nichts zu tun habe, da ja behauptet werde, daß der Umsatz in den letzten Monaten katastrophal zurückgegangen sei. Das ist zunächst eine Behauptung, deren Richtigkeit in vollem Umfang zur Zeit weder widerlegt noch bewiesen werden kann. Vergleichen wir jedoch einmal die Umsatz- und Gewinnziffern der wichtigsten Unternehmungen der letzten Jahre, dann ergibt sich folgendes Bild:

Der Siemens-Konzern gehört zu den Firmen, die die größten Gewinne machten und über die größten Reserven verfügen. Die Gewinne seiner Aktionäre sind in den letzten 3 Jahren von 10,8 auf rund 25 Millionen Mark, also um rund 150 Proz. erhöht worden. Wenn er im letzten Jahr eine Dividende von „nur“ 14 Proz. verteilte, so gibt das keinen Aufschluß über die Höhe der tatsächlichen Gewinne. Bei der Ausschreibung einer 150-Millionen-Mark-Anleihe in Amerika hat er für das letzte Geschäftsjahr selbst einen

Reingewinn von 44 1/2 Proz. des Aktienkapitals

angegeben. Die Handelspresse war sich einig, daß auch diese Angabe noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Der U.C.B.-Konzern weist gleichfalls in den letzten 3 Jahren

ein Ansteigen seiner Reingewinne von 8,3 auf 19,2 Millionen Mark auf. Die Dividendensummen sind in der gleichen Zeit um fast 100 Proz. gestiegen. Während die Belegschaft in den letzten 3 Jahren um mehrere tausend Mann abgebaut wurde, stieg der Umsatz in diesem Zeitraum von 400 auf 580 Millionen Mark.

Die Bergmann-Elektrozylinder L.-G. konnte seit 1926 ihren Umsatz ununterbrochen erhöhen. Auch hier blieb die Dividende von 9 Proz. in den letzten Jahren sich gleich. Auch hier Verringerung der Belegschaft und Erhöhung der Arbeitsleistung.

Mit der Finanzlage kann also weder ein Gehaltsabbau noch die Massenentlassung der Angestellten gerechtfertigt werden. Man hat beides getan: das Gehalt verkürzt und Massenentlassungen vorgenommen. Der Gehaltsabbau ist in tarifwideriger Weise durchgeführt worden. Keine noch so geschickten Verdrehungskünste können darüber hinwegtäuschen, daß die Berliner Metallindustriellen in ihrem Vorgehen gegen die Angestellten nur rücksichtslos und engstirnige Unternehmerrückwärtschritte geoffenbart haben.

Max Günther.

## Im eisernen Haus.

### Eine Millionenorganisation zieht um.

Der „Vorwärts“ hat einen neuen Nachbar: in der Alten Jakobstraße, im Herzen der Berliner Arbeiterstadt, reißt sich sechs Stock hoch das neue Haus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kernzentrum der mächtigsten Gewerkschaft der Welt.

Als 1891 der Deutsche Metallarbeiter-Verband gegründet wurde, stand er unter dem Druck der Polizeivillnir. In Süddeutschland war man damals liberaler als im preußischen Gebiet, und so wurde zum Sitz der Hauptverwaltung Stuttgart gewählt. Mit 18 000 Mitgliedern begann der Verband; nach einem Jahrzehnt hatte er eine Belegschaft von rund 129 000. Da wagte man, ihm ein eigenes Verwaltungsgebäude zu geben: ein ehemaliges Wohnhaus wurde dazu umgebaut. Im Jahre 1911 war die Mitgliederzahl schon über eine halbe Million, und alle Anzeichen ließen erkennen, daß dieser starke Zustrom noch längst nicht nachlassen würde.

Die Verwaltung einer mächtigen Reichsorganisation der Arbeit lag nicht günstig in dem südlichen Zipfel Deutschlands. Man plante daher, sie nach Berlin zu verlegen. Da kam der Krieg und damit der Stillstand alles irdischen Schaffens.

Mit der Revolution setzte dann eine ungeheure Zunahme der Mitgliederzahl im D.M.A. ein. Doch die furchtbare Not der Inflationszeit reduzierte sie wieder; sie raubte auch die Mittel für Umbau und Umzug. Erst auf dem Verbandstag in Karlsruhe im Jahre 1928 wurde der inzwischen zu einer dringenden Notwendigkeit gewordene Neubau des Hauptverwaltungsbauwerkes beschlossen. Das Haus, in dem einst für 129 000 Mitglieder die Verwaltungsarbeiten geleistet wurden, war bei einer Mitgliederzahl von 950 000 völlig unzulänglich geworden.

„Das eiserne Haus“, wie der D.M.A. im selbstbewußten Doppelsinn das neue Gebäude getauft hat, ist ein Symbol der Kräfte geworden, denen es dienen soll, ein Symbol, auf das die Arbeiterschaft stolz sein kann. In seiner edlen, schmucklosen Sachlichkeit und seiner gewaltigen Macht predigt es den Willen der Schaffenden, die Macht der Gemeinschaft. Eine Million Werktätiger spricht hier zur deutschen Hauptstadt so, daß jeder es hören muß; eine Million Werktätiger zeigt hier an einem Modell, wie ihre Welt aussehen soll: sinnvoll und einfach, hell und arbeitsfröhlich.

Das Haus ist schon vom Hauptvorstand bewohnt, abgleich noch die Baugerüste es umgeben und man über Balken und unfertige Pfasterung durch den Haupteingang räumen muß. Doch die Verwaltungsarbeit verträgt keinen Tag Stillstand, und so ist eine Abteilung nach der anderen nach Stuttgart übersiedelt und hat in Berlin ihre Arbeit sofort weitergeführt. Nebenher hat jeder seinen Privatwohnungsbau herübergeholt. Wenn — in wenigen Tagen soll es geschehen — das Gebäude vor den Blicken der Vorübergehenden in seiner ganzen Schönheit und Eindringlichkeit daliegt, dann ist es schon längst die Hülle eines emsig wirkenden Geistes. Und auch damit wird es zum Sinnbild der proletarischen Gemeinschaft, die erwachsen ist, trotz aller widrigen Umstände, trotz aller Hindernisse, die ihm in den Weg gestellt worden sind, die sich hinter Mauern und Zäunen entfaltete zu starkem Leben, um dann plötzlich groß und eindringlich vor der Welt dazustehen.

## Neuer Einigungsversuch im Holzgewerbe.

### Reichsarbeitsministerium greift ein.

Im Lohnarbitrkonflikt des Holzgewerbes hat das Reichsarbeitsministerium einen neuen Versuch unternommen, die Parteien zusammenzubringen. Von einer Aussperrung ist bis jetzt so gut wie nichts zu beobachten. Allen Anschein nach haben die Unternehmer eingesehen, daß Lohnabzug doch ein etwas heißes Eisen ist und daß der Ablauf der Lohnabkommen sowie der Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes dem Deutschen Holzarbeiterverband Handlungsfreiheit gegeben haben.

## Eine kommunistische Aktion.

### Gewalttätigkeiten im Hamburger Hafen.

Im Hamburger Hafen haben die Kommunisten einen Aufbruch zu einer größeren „Aktion“ unternommen. Sie unterbanden in der Vermittlungsstelle am Stubbenhuk die Umwicklung der Geschäfte. Ebenso haben sie an verschiedenen Stellen gewalttätig die Schauerleute von Bord geholt und an der Arbeit gehindert. Sie wollen jetzt, wie aus ihren Flugblättern hervorgeht,

nach dem Muster der Döbbernerunruhen von 1928 Störungsaktionen größeren Umfangs im Hafen durchführen. Die Gewerkschaften warnen die Hafenarbeiter eindringlich, den Parolen der Kommunisten zu folgen.

Die Arbeit der Kommunisten wird erleichtert durch das ungerechte Vermittlungssystem, wie es im Hamburger Hafen von den Unternehmern gebildet wird. Seit Jahren führen die freien Gewerkschaften einen erbitterten Kampf gegen dieses System. Sie fordern, daß die Vermittlung nach der Reihenfolge der Nummer erfolgt. Die Unternehmer aber wollen sich von dem System der freien Auswahl von Arbeitskräften nicht trennen. Die Folge ist, daß die Hafenarbeiter sich an den Vermittlungsstellen gegenseitig den Rang ablaufen müssen, um überhaupt in Beschäftigung zu kommen. Viele Hafenarbeiter halten oft wochenlang vergeblich nach Arbeitsgelegenheit Ausschau. Kein Wunder, wenn sie schließlich von Verzweiflung und Verzweiflung gepackt werden und den kommunistischen Einfüßerungen erliegen.

## Beamten-Internationale.

### Deutschland und Frankreich führen.

Der Kongreß der Beamteninternationale in Genf wählte zum ersten Präsidenten Falkenberg, Berlin. Seine Befugnisse sollen von der Exekutive feigelegt werden. Als internationaler Sekretär trat Laurent, Paris an Stelle von Nordhoff, Amsterdam.

In einer vom Kongreß angenommenen Entschließung wird mit Nachdruck gefordert, daß die Mitwirkung der Beamten an der Lösung der Verwaltungsfragen in direkter und dauernder Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Gewerkschaftsorganisationen gesetzlich geregelt wird. Gegen den Gehaltsabbau machte der Kongreß in einer besonderen Entschließung energisch Front.

In seiner Schlussansprache betonte Falkenberg, daß die internationalisierten Beamten der „Einheit aller schaffenden Menschen“ dienen wollen. Das führe sie zwangsläufig zu einem Freundschaftsverhältnis mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Auch die Beamten würden in die Linie der großen internationalen Arbeiterbewegung gedrängt, ohne daß sie dadurch ihre Eigenart preisgeben brauchen. Die freie Beamtenbewegung müsse ziffernmäßig noch kräftig erstarken, aber sie brauche Ziffern mit Inhalt, d. h. Menschen, die in einem zur Internationalität drängenden Zeitalter begreifen, daß sie als Staatsbürger ihres Landes auch an der Lösung internationaler Aufgaben beteiligt sind.

## Der Lohnkonflikt der Glaser.

### Zwei Firmen haben bewilligt.

Wie wir bereits in der gestrigen Morgenausgabe mitteilen, haben wir an fünf weitere Firmen ein Schreiben gerichtet, unsere Lohnforderungen zu bewilligen, widrigenfalls sie gesperrt würden. Von diesen Firmen haben zwei Firmen bewilligt, so daß zur Zeit folgende Firmen gesperrt sind:

E. Söhler, Berlin N. 65, Zimmerpeter Str. 48; R. Buische, Steglitz, Bierbuschstr. 46; S. Vog, Bantam, Wischperstr. 34/37; H. Hähne, Baumschulenweg, Rieffelsstr. 258; F. Geier, Glienicke 5, Niedershof, Grünauer Str. 33/34; W. Dödelam, Berlin-Friedenau, Borziner Str. 21; F. Kolchinka, Zehlendorf-Ost, Humboldtstr. 11; V. Scharf, Lichtenberg, Irenenstr. 23; M. Balke, Friedenau, Fehlfstraße 1, Gebr. Neumann, Berlin N., Demminer Str. 13.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Berlin.

Die drohende Aussperrung im graphischen Gewerbe Desferrecks ist vermieden worden. Einen Tag, bevor sie beginnen sollte, kam es zwischen den Parteien zu einer Einigung. Danach bleiben die gegenwärtigen Kollektivverträge ein weiteres Jahr in Kraft.

## Der U.M.-Band ruft zum Protest!

Dienstag, 12. August, 19:00 Uhr, im Klublokal „Neue Welt“, Solmsstraße 104-114, große Versammlung. Mitglieder aller U.M.-Verbände, erwidern in Berlin: Es sprechen: Erik Schröder, Dr. Erik Ganser über: „Der Kampf um unser Recht“. Gegen Kapitalreaktion, Tarifbruch, Unternehmerwille! Mitgliedsbuch ist als Souvenir mitzubringen.

## Am Verfassungstag, Montag, 11. August, bleiben geschlossen:

Die Geschäftsstellen des Ortsbezirks Berlin und des Bezirksbezirks Bauernburg des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Die Geschäftsstelle der Ortsverwaltung Berlin des Bundes der deutschen Angestellten und Beamten und der Bezirksstelle Berlin des Berufsständischen Bundes Reichs. Rechte Abendsprechstunde Freitag, 15. August.

Die Geschäftsstelle des Bezirks Bauernburg des Deutschen Wertmetall-Berufsbundes.

Das Orts- und Bezirksbüro, sowie die Verwaltungsstelle der Berufsmetallarbeiter der Angestellten. Auch die Abendprechstunden sollen aus.

## Aktion, Hochzeitsfeier!

Am Sonntag, dem 18. August, 9 Uhr, in den Sommerkino, Erlauer Straße, wichtige Mitgliederversammlung. Ein persönliches und vollständiges Schreiben ist unbedingt erforderlich!

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Unser die Monatsprogramme für September umarbeitend ab. — Pamphletliste: Die Abrechnung der Tarifverträge für die Kampfzeit muß bis Freitag, 16. August, erfolgen.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Freit., Sonnabend, findet folgende Veranstaltung statt: Spiel und Tanz: Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz im Humboldthain.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Allgeheiler; Gewerkschaftsbewegung: J. Geier; Revolution: R. S. Fischer; Politik und Sonstiges: Erik Schröder; Anzeigen: H. Glaser; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin, Post: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin O.B. 68, Lindenstraße 2, Stern 2 Beilage.

Bei übermäßiger Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bewährt **Leoform-Creme**. Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.



# Kochen Sie **MAGGI'S** Suppen:

Sie sparen Mühe, Zeit und Geld.

Und die Hauptsache: Jeder isst sie mit Behagen.

Viele Sorten wie: Erbs, Reis m. Tomaten, Blumenkohl, Rumford, Spargel, Eier-Nudeln usw.

# Ich rauche eine Ali-Baba

Van Henri Vanner

(Schluß)

Marianne arbeitet in einem großen Salon, wo sie in Gesellschaft von etwa dreißig anderen jungen Mädchen Damenhüte verfertigt. Diese Serienherstellung von Damenhüten, ließ dreißig Mädchenköpfe sich über die Arbeit senken und krümmte dreißig Mädchenrücken. Nur in der Oper sind Modistinnen fröhliche Geschöpfe. Die Luft in der Werkstätte ist dumpf, und brügend das Schweigen, nur unterbrochen von dem Kreischen der Scheren oder dem Klirren eines zu Boden gefallenen Fingerhutes. Sie sahen sich alle ähnlich, die dreißig Mädchen mit ihren grauen Schürzen. Sie haben dieselben Bewegungen bei der Arbeit. Alle beißen sie den Faden mit den Zähnen ab, alle beobachten sie die Direktrice, die die Stoffe zuschneidet und die Hüte abzählt. Sie sind alle ungefähr gleichaltrig, haben fast dieselben Stimmen und dieselbe blaße Gesichtsfarbe. Die Arbeit, die sie vereint, hat sie, wie es scheint, einander gleichgemacht. So wie Arthur Calamart der Typus des Fabrikarbeiters war, so stellten diese Mädchen den Typus der Modistin dar.

Plötzlich hob Marianne ihre Nase in die Luft und schaute aufs äußerste erstaunt und erschrocken ins Leere. Ihre Kolleginnen folgten ihrem Blick. Was war da zu sehen?

Gegenüber lebte gerade ein Mann auf einer Leiter ein ungeheures Plakat an die Mauer, das einen überlebensgroßen Männerkopf, mit Behagen eine Zigarette rauchend, darstellte. Unterhalb des Kopfes schrien grellrote Buchstaben in die Welt: „Ich rauche eine Ali-Baba!“ Seine Augen, Kreise mit einem Durchmesser von zwanzig Zentimeter starrten die verblüffte Marianne an.

Welche Begegnung zweier Blicke! Marianne errötete bis in die Haarmurzeln und im Salon brach ein tolles Gelächter aus. Die Direktrice begriff nicht. Aber als sie den riesigen Männerkopf an der gegenüberliegenden Mauer bemerkte, sagte sie: „Ich muß schon bitten, meine Damen!“

Mariannens Herz schlug wie toll. Arthur, ein ungeheurer Arthur lächelte sie glücklich an.

Inzwischen hatte Arthur gerade seine heutige Arbeitsjagd beendet. Überall hatte man ihm erklärt, daß niemand aufgenommen werde. Da entdeckte er plötzlich an einer Straßenecke das Plakat mit seinem Bild, riesig, leuchtend, noch triefend von Farbe und Kleister. Wie ähnlich war es doch. Wie wird sich Marianne freuen! „Ich rauche eine Ali-Baba!“ Sie hätten ihm wohl eine Schachtel zum Geschenk machen können. Das Plakat ist ungeheuerlich. Wie es die Straße erfüllt! Die Autos sehen geradezu winzig dagegen aus. „Ich rauche eine Ali-Baba!“ Hört ihr? Das ist ein Befehl. Gehorcht, kauft die berühmte Zigarette Ali-Baba, ihr namenlosen Fußgänger, ihr Männer des Volkes, für die sie bestimmt ist! Arthur Calamart ist es, der sie euch empfiehlt! Sie hat kein Goldmünderstück wie die vornehmen Zigaretten, sie ist aus gutem niederländischem Papier gerollt. Und dort, an der Mauer dieses großen Hauses, ist ja wieder Arthur Calamart. Wie teuer das sein muß! Und dort, an der anderen Ecke, ist wieder Arthur Calamart. Er raucht eine Ali-Baba.

Wie, ihr kennt mich nicht? Ich bin doch der, der die Ali-Baba raucht! Den Blick vieler Tausender fühlt er auf sich gerichtet. Stolz betritt er das Café du Commerce. Niemand bemerkt ihn. Er muß feststellen, daß die Leute sich um die Ali-Baba-Zigarette ebensowenig bekümmern wie ein Fisch um einen Apfel.

Da hört er die marmende Stimme Mariannens. „Hast du dich schon gesehen? Ich hab' dich schon am Nachmittag aus der Werkstätte bemerkt.“

„Ja, überall sieht man das Plakat. Es ist nicht besonders ähnlich.“  
„Glaubst du? Ich habe dich sofort erkannt!“

Dunkelheit sinkt hernieder, nebelhaft. Lichtreklamen flammen auf. Eine Leuchtsäule macht auf das Plakat-Ring aufmerksam. Arthur Calamart und Marianne nehmen im zweiten Rang Platz. Langgezogene Küsse, Jagd auf Männer, Liebe, Revolver. Der junge Liebhaber lächelt in seinem ewigen Smokey und bietet allen Gefahren, allen Nachstellungen Trotz. Dann die Wochenschau. In der Pause schaltet der Operateur Reklambilder ein. Arthur Calamart erscheint, wie auf den Plakaten, seine Zigarette im Mund. Ovation? Sechshundert Zuschauer bleiben unbewegt.

Die kleine Hand Mariannens legt sich um seinen Arm.  
„Das ist ja wie befallen“, flüstert Arthur, „ich frage mich, ob das noch lange so dauern wird. Für zweihundert Franken ist es bereits genug.“

Nach Ablauf eines Monats rauchte dank einer heftigen Offensive von Plakaten, Flugzetteln und Inseraten jedermann Ali-Baba. Arthur Calamart, der seine zwei Hundertfrankenscheine längst ausgebraucht hatte und gänzlich heruntergekommen war, sah zu, wie jene, die auf sein offenes, sympathisches Arbeitergesicht gefetzt hatten, reich wurden. „Das ist nicht in Ordnung“, sagte er eines Tages zu Marianne. „Wenn ich eine schiefe Nase oder ein stumpfsinniges Gesicht hätte, würde niemand ihre Ali-Babas kaufen. Sie aber häufen Geld an, ihre Kassen werden voll und was hab' ich davon? Zweihundert Franken? Ein wahrer Pappenstiel für sie. Es ist immer dasselbe. Immer und überall wird man ausgebeutet.“

„So verlang doch eine Zuschlagszahlung!“  
„Du glaubst?“  
„Und ob!“  
Am nächsten Tage betrat Arthur die Continental Advertising Company.

„Ben darf ich melden?“  
„Arthur Calamart.“  
„Ah, den Herrn mit der Ali-Baba...“ Die Stenotypistin lächelte freundlich und Arthur fühlte sich ermutigt. Aber das war nicht Joe Bennet, der ihn empfing, sondern irgendein Sekretär.  
„Sie wünschen?“  
„Man hat mir zweihundert Franken für meinen Kopf gegeben, um für die Ali-Baba-Zigarette Reklame zu machen. Zweihundert Franken sind etwas zu wenig für einen Arbeitslosen und nichts, wenn man bedenkt, daß Sie meinem Gesicht den Erfolg der Ali-Baba zu verdanken haben. Deshalb werden Sie verstehen... Man könnte mir wohl eine Provision bezahlen. Das wäre nur gerecht.“

Aber der Sekretär antwortete mit eifriger Stimme: „Man hat Ihnen den vereinbarten Preis bezahlt. Wir sind quitt. Und was den Erfolg anbelangt, so ist er lediglich auf die besondere Qualität der Zigarette und auf die Erfahrung unseres Unternehmens in Reklame und Verkauforganisation zurückzuführen. Ich bedauere unendlich, alles was ich für Sie tun kann ist, daß ich Ihnen ein Empfehlungsschreiben an Herrn Lemm, den Fabrikanten der Ali-Baba-Zigarette mitgebe. Vielleicht kann man Sie dort beschäftigen. Aber ohne jede Garantie bitte...“

„Ich danke“, sagte der Mann, der nie wieder eine Ali-Baba-Zigarette rauchen wird.

(Ereignisliche Uebersetzung aus dem Französischen von Tom Arden.)

## Witz Müller-Partenkirchen: Kehrseite

Da stehen sie gedruckt, die letzten Funtsprüche. Im fernsten Dorf der ärmste Bauer kann sie lesen: Zehntausend Kilometer in hundert Stunden.

Zehntausend? Hundert? Was sind Zahlen? Nun, man kann sie durcheinander dividieren. Ergebnis wieder hundert. Das ist die Geschwindigkeit. Der Riederbauer, sein Nachbar, zuckt die Achsel. Was ist ihm Geschwindigkeit? „Hü, Brändl, hü!“

„Ich sehe schon, ich muß es anders fassen: Riederbauer, vom Bodensee nach Japan flogen sie in einem Hundertstundebogen. Sieh, da steht es: Ueber den Urkämpfen und Urwäldern Sibiriens, die nie ein Menschenfuß betrat, an Bord glänzen die Lichter, funkeln die Beine in klingenden Gläsern, man sitzt beim Souper.“

„Souper?“ fragt der Riederbauer. „Ich erklär' es ihm.“

„Hü, Brändl, hü!“ sagt der Riederbauer.  
„Halt, Riederbauer, da steht noch etwas! Der mitfahrende Photograph, ein Tiroler, hatte seine angesammelten Lederhosen mitgenommen und trägt unterm Beifall der Fahrgäste, hoch überm fernsten Asien, einen wackelnden Schuhplattler.“

Der Riederbauer ist einer von den nachdenklichen: „Zeppelin — zehntausend Kilometer — Sibirien — Urwald — nie ein Mensch“, wiederholt er, es bei sich zusammenfassend. Dann rücken seine eigenen Urwaldbrauen auf der alten Stirn zusammen: „Ham s' n ausag'schmissen, den Hanswursth?“

„Unterm Beifall der Fahrgäste“, wiederhol' ich bitter.

„Soja, unterm Beifall ham s' n ausag'schmissen — des is' recht — woost, i hab' seim gern platteit. Aber an der rechten Stell, wo 's f' g'hört, net am falschen Fleck, wie zum Beispiel bei eim Begräbnis.“

„Bei einem Begräbnis?“

„Mir soll grad nix anders ei' — hü, Brändl, hü!“

Mir fiel auch nichts anderes mehr ein. „Bei einem Begräbnis, einem Begräbnis“, habe ich im Gehen immer denken müssen, „einem Begräbnis...“

Zwischen dem „gräb“ und zwischen dem „nis“ ist es dann plötzlich wie ein Blitz im Innern aufgeflammt, ich war einen Augenblick lang überm dunklen Asien und über dem Atlantik selbst ein Schiff, in dem ein Fenster flammte.

Durch dieses Fenster sah ich's: Die stolze Tat des Menschengeistes war ein Begräbnis.

Rein, ich meine es nicht gestreich. Ich meine es nicht so, man habe den guten Geschmack begraben, als man schubplattelte unterm Beifall von Leuten, deren Ruhm darin bestand, daß sie neuntausend Dollar für die erste Zeppelinfahrt um die Welt bezahlen können.

Unterm Beifall von Leuten, denen — hoch über Asien und noch höher über allem Tagelärm — kein Gedanke an die unendlichen ins Dunkel hinabhängenden Ketten von Menschenhänden kam, die im letzten Grunde dieses Wunder schufen.

Unterm Beifall von Leuten, denen der Schuhplattler den stillsten und grauenhaftesten Gedanken plattschlug, den Wilhelm Weigand:

Daß ich hoch im Lichte geh,  
Müssen tausend Füße bluten,  
Tausend küssen ihre Kutzen,  
Tausend stuchen ihren Behe,  
Müssen tausend Hände wehen  
Tief im Dunkel Himmelsgaben  
Tief in Schmutz und Nacht vergraben  
Tausend ihrem Gott vergeben.

Rein, das alles mein' ich nicht. Ein anderes Begräbnis habe ich im Sinne: Ist denn keiner dieser hochgemuten am nächtlichen Luftschiffen gestanden und hat erschüttert auf die mit dieser Fahrt zu Ende eroberte Mutter Erde hinabgeschaut. Diese arme ihres letzten Geheimnisses entschleierte Erde, auf der es hinfort keine Entfernungen mehr geben wird. Die es in Zukunft wird erleiden müssen, daß der unverilgbarste aller Erdflüche, daß der Mensch am Samstag eine ermäßigte Karte zu einer Jagdfahrt hoch über Asien läßt, mit der Rückfahrt über Afrika am Sonntagabend, wenn der Kopf ihm halberig hinüberplattelt in den sanitalkoholischen Wochenendstummer.

Ist keinem dieser hochgemuten, frag' ich, der Gedanke aufgefallen, daß er dem grauamsten aller Leichenbegängnisse beigewohnt hat: Der Erde Fern e haben sie begraben.

Gerne, wunderbare, holde, schmerz- und geheimnisvolle Ferne, die den Vätern seit Dohrtausenden geminkt hat: „Kannst, ich zeige euch verschlungen Niegelschenes, kommt!“ Ferne, die du einen Engel, einen Dschingis-Khan, die du einen Hannibal und Cölor und Aolumbus, die du Wanderungen der Völker aus der Taufe habst, die du befeuert hast, was groß und urgemaltig unter Sternen auf der Erde sich begab — dich, Ferne, haben sie begraben. Es gibt keine Ferne mehr.

Ihr Sarg zog, hellerleuchtet, über Kontinente.

bauten die geschochten Säge; und Schachteln brauchen Scheidewände.

Auch rein äußerlich ist ein non überflüssiger Menge heimgelesener Druck, wenn man diese kleinen Zeichen nur erst einmal recht entdeckt hat, ein wirklicher Greuel. Wie Ungeziefer das sich dem arglosen Auge verbirgt, das aber wenn man es einmal ins Auge gefaßt hat überall erscheint, wimmeln diese Parasiten zwischen den Worten. Nur wer einen von ihnen gereinigten Druck als Gegenstück betrachtet, wird sehen welchem Augenmaß er für gewöhnlich ausgefaßt ist.

Man mag dies als Nebenfrage betrachten — hauptsächlich ist mir daß der Bau der Sprache sich ungehemmt aufrichte und daß die sinnvollen Worte die die Sprache selber erfand um sich zu gliedern nicht durch den Un-Sinn von Zeichen erjezt oder verdoppelt werden die unfähig sind die Stelle eines Bauelementes zu vertreten. Fordern wir doch von dem Zeichen das zwischen den Worten steht daß es einen inneren Sinn der Rede diene; daß es ein Anhalten, ein Trennen (,) eine Pause (;) ein Ende (.) eine Zusammenfassung (:) oder ähnliches nach dem Willen und Gefühl des Schreibenden bedeute. Ein Leszeichen ist ein Schlußdruck; nicht eine Gleichgültigkeit, eine Eselsbrücke oder ein Geländer das man einem Sohbau anlegen muß damit er nicht auseinanderfalle.

Die Schriftlehrer werden sich sträuben? — Sie sollten es nicht tun. Nichts wäre einfacher und sinnvoller als dem Schüler — statt eines „Normalregiments“ das man nicht begreift sondern gefälligst auswendig lernen muß — zu sagen: wo du etwas trennen willst setze ein Komma; wo du eine Pause im Satz machen willst und dennoch fortfahren setze ein Semikolon; wo du ein Ende machen willst setze einen Punkt; wo du etwas zusammenfassen willst, setze einen Doppelpunkt.

## Rudolf G. Binding: Zeichensetzung

Ueber die Les- und Sinnzeichen, die in der Schrift und im Druck benötigt werden, einiges zu sagen, ist angesichts der erstaunlichen Bedankenlosigkeit und wirklichen Unsinntigkeit ihrer Anwendung, wie sie zumeist hierzulande geübt wird, wohl einmal am Platze. Rütteln wir einmal: vielleicht erwelst sich manches in unserer Sprache durch diese Zeichensetzung verbarricadiert, beengt und verschmürt, manches als wirkungslos oder vergewaltigt, und wenn man die Enge löst, Verwicklungen, Lotten und Scheidewände abseht, mag das Gebäude der Sprache reiner, freier, leichter und edler dahinter zum Vorschein kommen.

Die gesprochene Sprache bedarf der Zeichen nicht; die geschriebene bedarf ihrer in weit geringerem Umfang als sie jetzt — und zwar ausschließlich im Deutschen — angenommen und gefehrt werden. Die Bedanterie der deutschen Sprache, die viel weiter geht als man denkt, erstreckt sich auf die Leszeichen. So viele unnütze Leszeichen wie die deutsche besitzt keine andere Sprache der Welt. In den der Deutsche vor jedes einen Nebensatz einleitende Wort (vor „daß, weil, der, die, das“ usw.) ein Komma setzt bezeichnet er eine schon durch diese Wörter selbst sich ergebende und bezeichnende Tatsache — daß nämlich hier ein Nebensatz beginnt — doppelt. Es wäre etwa so als ob man jeden von einer Landstraße abführenden Weg mit einem Wegweiser ohne Aufschrift bezeichnete nur um zu kennzeichnen daß da ein Weg sei. Woju? Die französische, die italienische, die englische Sprache kennen (wie alle anderen) diese Ueberflüssigkeiten nicht und sichern gerade dadurch daß kein Komma gefehrt wird die enge sinnfällige Zugehörigkeit des zum Hauptwort oder Hauptatz gehörenden Nebensatzes. Gewiß gibt es Nebensätze die — etwa als Einschaltungen — vom Hauptatz oder Hauptwort sinngemäß zu trennen sind und auch in der gesprochenen Sprache durch eine kleine Pause als Einschaltungen sinngemäß getrennt werden; aber im allgemeinen besteht eine völlig untrennbare Beziehung des Nebensatzes zu einem Hauptwort. Die Beziehung wird im Deutschen einfach schematisch durch die Vorschritt zerstört, ganz ohne Nachdenken über den Sinn dieser Maßnahme vor jedem Relation, jeder Konjunktion usw. ein Komma zu setzen, also eine Trennung vorzunehmen, wo doch schon diese Bezeichnungen andeuten daß hier nichts getrennt sondern im Gegenteil das eine auf das andere bezogen (Relation), das eine mit dem anderen verbunden (Konjunktion) sei. Demjenigen Leser der diesen inneren Zusammenhang empfindet erscheint das eingefegte Zeichen wie ein Schlagbaum, ein Weghindernis das er erst beseitigen muß um zu der Zusammenhangsbeziehung zu gelangen die eigentlich ausgedrückt sein soll.

Man muß nicht denken daß die Forderung des Wegfalls unnötiger Zeichen lediglich eine Neuerungsstucht, eine neue Bedanterie oder auch nur ein von den Neuerern angewandter Gebrauch sei; nicht unsere Zeit (etwa Stefan George) will die Interpunktionslosigkeit einführen, die gute alte Zeit — auch Goethe läßt schon die Kommata wo sie nicht eine Notwendigkeit sind und vom Sinn gefördert werden darf (Weimarer Ausgabe). Nur: altshulmeisterlich denkende Herausgeber haben sie ihm allenthalben später wieder hineinkorrigiert; als ob das gar nichts zu sagen hätte.

Man macht sich aber heute nicht einmal ein Gewissen daraus, das Objekt eines Satzes non seinem Subjekt widersinnig durch ein Komma zu trennen. „Er sieht was keiner sieht“; „Er redet was er denkt“, das sind nicht zwei Sätze oder Haupt- und Nebensatz die man durch ein Komma zu trennen Anlaß hätte, sondern das ist in jedem Falle ein Satz und das Objekt bedankt sich dafür, nicht dabei sein zu dürfen.

Wenn man also die deutsche Sprache daraufhin ansieht was sie durch die Zeichensetzung die heute die allgemeine ist verliert, so wird man parsonam damit umgehen. „Die Sonne ist ein Gott der lacht“ ist eine einseitige Vorstellung deren Einseitigkeit, Anschaulichkeit und Sinn vollständig zerstört werden wenn geschrieben wird: Die Sonne ist ein Gott, der lacht. „L'homme qui rit“ ist der Titel eines Romans von Viktor Hugo. „Die erste ernste Gefahr“, „Das große letzte Schweigen“ ist etwas ganz anderes als „Die erste, ernste Gefahr“ oder „Das große, letzte Schweigen“. Diese schöne und richtige Unterscheidung, die das gesprochene Wort leicht andeutet und sich bewahrt, soll durch eine sinnlose Zeichensetzung unmöglich gemacht und zerstört werden? — „Er stürzte, weil Müde beim kleinsten Widerstand stürzen, in das hohe dicke Gras“; wobei im ersteren Beispiel eine unmittelbare Folge erzählt, im zweiten eine allgemeine Begründung zum Ausdruck gebracht wurde.

Man wird vielleicht sagen, wir hätten die Regeln der Zeichensetzung, wie sie in den Schulen gelehrt, in Büchern und Zeitungen gehandhabt würden, nun einmal und das werde seinen guten Grund haben. Mit nichten! es hat einen sehr schlechten Grund. Es hat keinen Grund darin daß nach dem Dreißigjährigen Krieg, als beinahe jedes Gefühl für die Würde unserer Sprache und unseres Volkstums ausgelöscht war, die deutsche Schriftsprache den Konjunktiven anvertraut war und deren Sprache, als von den Höfen stammend, nach rechter Untertanenweise für die feinsten, bei dem Fürsten möglicste und anerkannte galt. Diese Sprachkünstler

